

## Protokoll der Parlamentssitzung

**Montag, 18. Dezember 2006, 19.00 - 22.20 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld**

Vorsitz: Hofer Niklaus, SVP

Anwesend:

Antenen Peter, FDP	Maibach Urs, GB
Arm Alfred, SP	Matter Brigitta, SD
Balz Christian, FDP	Mooser Barbara, FDP
Berlinger Annemarie, SP	Moser Hans, SVP
Bichsel Bernhard, jfk	Oester Daniel, jfk
Bühler Evelyn, FDP	Pestalozzi Hansueli, GB
Burren Christian, parteilos	Remund Jan, GFL
Caminada Ignaz, CVP	Rüegsegger Elisabeth, SVP
Egli Claudia, SP	Salvisberg Ueli, SVP
Fischli Liz, GB	Salzmann Christoph, SP
Graber Martin, SP	Schmid Hermann, SP
Gysel Hermann, EVP	Sidler Rita, SP
Hänni Thomas, FDP	Stähli Markus, parteilos
Henggi Harald, FDP	Staub Hugo, SP
Köhler Hanspeter, FDP	Staub Stephie, SP
Krebs Daniel, SVP	Streiff Marco, EVP
Lagger Valentin, CVP	Stucki Mark, FDP
Lehmann Stefan, SVP	Wyss Ursula, GFL
Mäder Anna, SP	Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Troxler Elsbeth, SP

Gemeinderat:

Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Sedlmayer Katrin, SP
Wilk Urs, FDP, Vizepräsident	Streiff Marianne, EVP
Ackermann Judith, FDP	Studer Ueli, SVP
Haudenschild Rita, GB	

Parlamentssekretärin: Fehlmann Anita

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. <b>Protokoll</b> .....	--
2. <b>Kommissionsersatzwahlen</b> .....	--
3. <b>Revision Bestattungs- und Friedhofreglement</b> Reglement; Direktion Bildung und Soziales und Direktion Umwelt und Landschaft .....	--
4. <b>Voranschlag 2007</b> Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen .....	216
5. <b>Sanierungspaket</b> Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen .....	--
6. <b>Direkter Zugang Riedmoosbrücke - S-Bahnstation Niederwangen</b> Verpflichtungskredit; Direktion Planung und Verkehr .....	--
7. <b>Ried Niederwangen</b> Planungskredit; Direktion Planung und Verkehr.....	--
8. <b>Liebefeld, Sanierung Kirchstrasse, Strassenplan und Liebefeld Kirchstrasse, Wasserleitungsersatz</b> Verpflichtungskredite; Direktion Planung und Verkehr und Direktion Gemeindebetriebe.....	225
9. <b>Motion CVP/EVP/LdU-Fraktion, betr. Erotikbetriebe</b> Abschreibung 0206; Direktion Planung und Verkehr.....	229
10. <b>Motion Haudenschild betr. Einführung von Tempo 30 in allen Wohngebieten der Gemeinde Köniz</b> Erfüllung und Abschreibung 0209; Direktion Planung und Verkehr .....	230
11. <b>Motion LdU/GFL betr. Fussweg Schliern - Schlatt</b> Abschreibung 0413; Direktion Planung und Verkehr .....	231
12. <b>Überparteiliche dringliche Motion SP/JUSO-Fraktion / GB betr. Abendbetrieb Bus Gurten-Gartenstadt (Linie 16/19)</b> Abschreibung 0418; Direktion Planung und Verkehr.....	232
13. <b>Motion H. Pestalozzi, Grüne GB/GFL betr. erneuerbare Energie</b> Beantwortung 0611; Direktion Umwelt und Landschaft.....	233
14. <b>Postulat CVP/EVP betr. Systemwechsel bei der Pensionskasse</b> Beantwortung 0612; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	236
15. <b>Überparteiliche Motion SVP, FDP, CVP/EVP, SD betr. Änderung der Öffnungszeiten der Poller an der Landorfstrasse</b> Beantwortung 0616; Direktion Planung und Verkehr .....	237
16. <b>Verschiedenes</b> .....	238

## Begrüssung

**Der Parlamentspräsident:** Ich begrüsse Sie zur Folgesitzung der Parlamentssitzung vom 11. Dezember 2006. Elsbeth Troxler musste infolge eines Sportunfalles ins Spital. Wir wünschen gute Besserung.

## Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 38 Parlamentsmitgliedern (Urs Maibach wird etwas später eintreffen). Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Der Parlamentspräsident:** Per Post und E-Mail wurde Ihnen das revidierte Budget 2007 mit den Sparmassnahmen, welche der Gemeinderat an seiner Sitzung vom letzten Mittwoch beschlossen hat und mit dem neuen Beschlussesentwurf, zugesandt.

**Herr Martin Graber (SP):** Wir Parlamentsmitglieder kommen heute in Form eines zusätzlichen Sitzungsgeldes zu einem ausserordentlichen Ertrag. Wir haben nun alle gelernt, dass ausserordentlicher Ertrag nicht für die Laufende Rechnung benutzt werden soll. Die SP-Fraktion beschloss deshalb, ihre Sitzungsgelder hälftig wie folgt zu spenden: An die Bibliothek in Prijepolje und an die Familie Fankhauser auf dem Grünenboden, welcher vor kurzem ihr Heim abgebrannt ist. Wir lassen einen Unterschriftenbogen zirkulieren für all jene, die sich daran beteiligen wollen.

**Der Parlamentspräsident:** Danke, Martin Graber. Ich schlage vor, das heutige Sitzungsgeld des ganzen Parlamentes für diese beiden Zwecke zu spenden. *(Die Parlamentsmitglieder stimmen dem Vorschlag zu.)* Ich bitte die Parlamentssekretärin, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen.

Traktandenliste: Wir behandeln zuerst Traktandum 4, Voranschlag 2007. Danach beraten wir ab Traktandum 8 gemäss Traktandenliste.

## 4. Voranschlag 2007

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher):** Uns liegen heute die Korrekturen des Gemeinderates zum Voranschlag 2007 vor, die im Anschluss an die Sitzung vom 11. Dezember vorgenommen wurden. Die GPK dankt dem Gemeinderat für die schnelle Reaktion und Unterbreitung der Änderungen. Die vom Gemeinderat beschlossenen zusätzlichen Aufwandminderungen können in drei Kategorien eingeteilt werden. Die erste Kategorie beinhaltet Anpassungen an neue Erkenntnisse, die zweite betreffen Korrekturen aus Verschiebungen von Projekten, Geschäften und Vorhaben, und in der dritten Kategorie sind einige echte Restriktionen vorhanden. Die GPK nahm im Einzelnen Kenntnis von den Aufwandminderungen, welche nach einer gewissen "Opfersymmetrie" vorgenommen wurden. Die Kürzungen werden sicher unterschiedlich beurteilt, sind in meinen Augen jedoch als Ganzes zu betrachten.

Betrachten wir das Wesentliche: Aus ursprünglich knapp 2,4 Millionen Franken für die Abschreibung des Bilanzfehlbetrages sind nun knapp 3,5 Millionen Franken geworden. Berücksichtigen wir die Hochrechnung 2006 - wenn sie denn so eintrifft -, wird der Bilanzfehlbetrag per Ende 2007 abgebaut sein. Das ist eine Zielsetzung, die für uns alle erste Priorität besitzen sollte. Insbesondere auch, wenn wir auf das Jahr 2008 und in die weitere Zukunft schauen.

Die GPK empfiehlt Ihnen mit 5 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung und 1 Abwesenheit, den neuen Beschlussesentwurf, Ziffer 4a) des vorliegenden Voranschlages 2007, zu genehmigen. Die GPK empfiehlt die Genehmigung von Ziffer 4 b) mit 6 : 0 Stimmen. Mit 3 Stimmen zustimmend und 4 Stimmen teilweise zustimmend empfiehlt die GPK dem Parlament vom Finanzplan 2008 - 2012 und vom Investitionsplan 2007 - 2011 ff Kenntnis zu nehmen.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich kommentiere kurz die Beschlüsse des Gemeinderates: Wie Harald Henggi erwähnte, können diese in drei Kategorien eingeteilt werden. Bei den Anpassungen an neue Erkenntnisse handelt es sich insgesamt um rund 160'000 Franken,

d.h. 53 Prozent der von Ihnen verlangten aufwandseitigen Sparvorgaben von total 300'000 Franken. Es gibt Korrekturen in der Höhe von rund 47'000 Franken - rund 15 Prozent der Sparvorgaben -, die die Verschiebung einiger Arbeiten und Projekte verlangen. Wir haben Beschlüsse im Umfang von rund 99'000 Franken - 32 Prozent der Sparvorgaben - gefasst, die zu Restriktionen im Finanziellen führen, allerdings in bescheidenem Umfang. Diese Beschlüsse basieren im Wesentlichen auf Vorschlägen der zuständigen Gemeinderatsmitglieder. Wir haben sie kurz im Gemeinderat diskutiert und zum Beschluss erhoben. Damit hat der Gemeinderat den Auftrag des Parlamentes vollzogen. Inzwischen sind zu einem Sparbeschluss noch neuere Erkenntnisse vorhanden, welche Ihnen Gemeinderat Ueli Studer nun erläutern wird.

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** In den Sozialtarifen der Musikschule sind 30'000 Franken Einsparungen vorgesehen. Ich ging gemäss Rechnung 2005 davon aus, dass für die Musikschule 82'000 Franken eingesetzt werden können. Gemäss Hochrechnung 2006 lag man bei 82'000 bis 84'000 Franken. Demzufolge nahm ich die im Voranschlag 2007 eingestellten Einsparungen in der Höhe von 30'000 Franken vor. Frau Anna Mäder von der SP-Fraktion und Vorstandsmitglied der Musikschule, nahm heute Rücksprache mit der Musikschule und stellte fest, dass diese Zahlen nicht richtig sein können. Ihr fiel auf, dass die Ausgaben für 2006 höher ausfallen werden als die vorgesehenen 130'000 Franken. Sie informierte mich und machte mich darauf aufmerksam, dass irgendwo ein Fehler vorhanden sein muss. Nach einer eingehenden Überprüfung ergab sich Folgendes: Die Hochrechnung war keine Hochrechnung, sondern eine Teilrechnung. Das heisst, wir erhalten noch die Abschlussrechnung und werden somit den Betrag von 130'000 Franken voll ausnützen müssen. Somit können die vorgesehenen Einsparungen von 30'000 Franken nicht vorgenommen werden. Ich danke an dieser Stelle Frau Anna Mäder herzlich für ihr Engagement. Diese 30'000 Franken werde ich nun wie folgt kompensieren: Erstens sehe ich vor, beim Konto 350.365, Eigene Beiträge / Private Institutionen, in der Rubrik Kinderbuchfestival, die Defizitgarantie von 95'000 Franken, welche infolge Sponsorengelder nicht benötigt wurde, um 20'000 Franken zu reduzieren. Zweitens ist im Konto 385.314, Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt, vorgesehen, den Aufwand um 10'000 Franken zu senken. Diese beiden Sparvorschläge sind in Absprache mit dem Gemeinderat vorgenommen worden. Ich bitte Sie, diese so entgegenzunehmen und bitte nochmals um Entschuldigung für dieses Versehen.

**Frau Brigitta Matter (SD):** Am letzten Montag lehnte ich als Vertreterin der Schweizer Demokraten das Budget 2007 ab. Grund dafür war, dass ausserordentliche Erträge für die Laufende Rechnung eingesetzt worden sind. Solches darf nicht geschehen. Ich bin mir bewusst, dass die 300'000 Franken Einsparungen auf der Aufwandseite, welche dem Bilanzfehlbetrag zufließen, nur ein Tropfen auf den heissen Stein sind, betrachtet man den Gesamtschuldenberg in der Höhe von rund 200 Millionen Franken. Gerade deshalb stimme ich diesen Einsparungen zu, denn viele Tropfen ergeben bereits ein kleines Bächlein. Die heutige Generation lebt von der vollen bis überfüllten Futterkrippe. Fahren wir heute das Budget etwas herunter, tut uns dies nicht weh. Wir können auch mit einer halben bis dreiviertel gefüllten Futterkrippe noch ohne Not leben. Fahren wir jedoch so weiter, wie in den letzten 16 Jahren, in welchen der Schuldenberg um rund 100 Millionen Franken gestiegen ist, frage ich mich, welche Möglichkeiten unsere nächste Generation noch haben wird. Sie muss mit einer vielleicht nur spärlich gefüllten bis leeren Futterkrippe zufrieden sein. Das wird weh tun und den Handlungsspielraum sehr einschränken und das wünsche ich dieser Generation auf keinen Fall. Deshalb mein Fazit: Der Gemeinderat hat Ohren zum Hören, tut es jedoch nicht. Damit wir erhört werden, mussten wir das Budget ablehnen. Der Gemeinderat ging in der letzten Woche über die Bücher und nahm auf der Ausgabenseite des Voranschlages 2007 Einsparungen vor. Diese verteilte er auf verschiedene Gebiete. Ich als Schweizer Demokratin werde dem nun überarbeiteten Budget 2007 zustimmen. Ich erwarte jedoch, dass in Zukunft ausserordentliche Erträge und grössere Einnahmen vollumfänglich für die Abschreibung des Bilanzfehlbetrages und für die Abzahlung der hohen Schulden der Gemeinde Köniz eingesetzt werden. Es ist nicht richtig und nicht nachhaltig, wenn unsere Generation auf Kosten der nächsten lebt.

**Herr Hugo Staub (SP):** Da sitzen wir nun und debattieren über ein Budget, das zu 99,84 Prozent dasselbe ist, wie das uns am 11. Dezember vorgelegte. Hätten wir letzte Woche den Antrag von Christoph Salzmann angenommen, müssten wir heute nur die Traktanden 8 bis 16 beraten und die vorgenommenen Korrekturen durch den Gemeinderat wären alle nicht not-

wendig gewesen. Mit dem Antrag hätte der Gemeinderat den Auftrag erhalten, dieselben Einsparungen im Vollzug des Budgets zu erreichen. Hätten wir das uns letzte Woche vorgelegene Budget bereits verabschiedet, wäre es ebenso möglich gewesen, den Bilanzfehlbetrag per Ende 2007 abzubauen. Dazu wäre diese allerletzte Sparrunde nicht unbedingt zwingend gewesen. Sie mögen sich vielleicht an mein Votum betreffend Wilhelm Tell und Walter erinnern. Nun steckt der Pfeil wirklich in der Mitte des Apfels. Infolge der strengen Sitzungsleitung von Niklaus Hofer, konnte ich den letzten Satz meines Votums nicht mehr loswerden. Ich hole das nun nach: Hätte sich der kleine Walter durchgesetzt, wäre unter Umständen die ganze Geschichte auf den Kopf gestellt worden und wir wären heute alle Österreicher. Die Zustimmung der SP-Fraktion zum Budget 2007 ist immer noch vorhanden.

Der von der Mehrheit der Parlamentsmitglieder verabschiedete Sparauftrag ist erfüllt und wir erwarten nun auch die Zustimmung der bürgerlichen Fraktionen. Alles andere wäre für uns unverständlich und ebenso willkürlich, wie Regeländerungen während eines Spiels. Ich danke dem Gemeinderat an dieser Stelle für die schnelle Reaktion und für den Entscheid, das Budget bereits eine Woche später wieder zu traktandieren. Hätte der Gemeinderat dies nicht von sich aus entschieden, wäre der Antrag für eine Parlamentssitzung am 18. Dezember 2006 von der SP-Fraktion gestellt worden. Denn auch wir wollten vermeiden, dass die Gemeinde Köniz am 1. Januar 2007 ohne Budget dasteht. Solches ist kein gutes Zeichen. Es stellt sich nun die Frage, ob sich das Ganze gelohnt hat. Ich bin der Meinung, dass es sich für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Köniz nicht gelohnt hat, denn für diese ist nicht wichtig, ob wir das Budget am 11. Dezember oder am 18. Dezember 2006 verabschieden. Für den Wohn- und Unternehmensstandort Köniz sehe ich auch keinen grossen Vorteil. Ich wünsche mir, dass unsere Gemeinde mit Anderem Schlagzeilen schreibt als mit solchen Budgetklimmzügen. Imagemässig ist diese Übung somit kein grosser Gewinn. Es bleibt nur zu hoffen, dass kein Schaden daraus entsteht. Wäre dem so, müsste dies die bürgerliche Seite des Parlamentes verantworten. Für die Politik generell sehe ich ebenfalls keinen Gewinn. Während der ganzen bürgerlich dominierten Budgetdebatte entstand nie der Eindruck, dass wir uns hier wirklich um die wesentlichen Zukunftsprobleme der Gemeinde kümmern. Solches dient eher der Förderung von Politikverdrossenheit. Zum Schluss bleibt die Frage, ob die Ablehnung des Budgets 2007 wenigstens den Bürgerlichen etwas genützt hat. Das steht noch etwas in den Sternen. Wir wissen zwar nun, dass sie alle auf 21 zählen können, jedoch bei Zahlen von über 300'000 etwas Mühe haben.

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Infolge der Rückweisung des Budgets 2007 am letzten Montag mussten auch wir Grünen uns wegen diesen 1,6 Promille zusammensetzen. Wir haben die Kürzungen im Budget 2007 genau geprüft und kommen zu folgenden Schlüssen: Wir stellen fest, dass im Gemeindebudget weniger Luft vorhanden ist, als allgemein vermutet. Die verlangten weiteren Einsparungen in der Höhe von 300'000 Franken aufwandseitig gehen teilweise an die Substanz. So sind z.B. 170'000 Franken weniger für Aufträge an Gewerbe- oder Bauernbetriebe vorhanden. Beim Liegenschaftsunterhalt wird ebenso kräftig gespart. Damit wird die Substanz des Verwaltungsvermögens aufs Spiel gesetzt. Dies kann je nachdem eine gefährliche Strategie sein. Aufgrund der ersten Intervention der GPK hat der Gemeinderat beim Gemeindepersonal 350'000 Franken eingespart, indem der Teuerungsausgleich auf 0,5 Prozent gesenkt wurde, d.h. fast 1'000 Franken pro Jahr/Person. Ich weiss nicht, wer von uns bereit wäre, so viel aus dem eigenen Sack an die Gesundheit der Gemeindefinanzen beizutragen. Rundherum steigen die Löhne um 1 Prozent oder noch mehr. Solches Vorgehen fördert die Motivation unseres Personals nicht unbedingt. Ausserdem stellen wir fest, dass der reduzierte Teuerungsausgleich auch an angelagerte Betriebe wie z.B. die familienexterne Kinderbetreuung weitergegeben wird.

Die nun vorliegende Kürzung beinhaltet einiges, womit wir uns nicht einverstanden erklären können, wie z.B. die Kürzung von baulichen Anpassungen bei Haltestellen des öffentlichen Verkehrs. Die Gemeinde gibt jährlich 4 Millionen Franken für den öffentlichen Verkehr aus und nun lässt man dessen Benutzer an einigen Haltestellen buchstäblich im Regen stehen. Dadurch sind auch Legislaturziele im Bereich Mobilität gefährdet, wo vorgegeben ist, pro Jahr eine Haltestelle zu sanieren. Auch werden zusätzliche Angebote des öffentlichen Verkehrs zusammengestrichen. Mit diesem Geld könnten Public-Private-Partnership-Lösungen finanziert werden, wie z.B. den Abendbetrieb in die Gurten-Gartenstadt. Diese zwei Positionen wurden um 25 bis 30 Prozent gekürzt und das ist für uns Grüne zu viel. Ein weiterer Punkt

sind Beiträge an Landschaft- und Naturobjekte. Gemäss Auskunft der Direktion Umwelt und Landschaft wurden bis anhin Verträge mit Landwirten für die Erhaltung von Ökoflächen abgeschlossen. Nun wird dieser Budgetposten von 135'000 Franken auf 125'000 Franken gekürzt, d.h. im Jahr 2007 können keine neuen Verträge mit Landwirten vorgenommen werden. Das ist ein Verlust für die Natur, für die Artenvielfalt und eine Einkommenseinbusse für Landwirte. Deshalb stellen wir zwei Anträge: Erstens sollen die Budgetposten 241.314, Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt, und 241.325, zusätzliche öV-Angebote, nicht gekürzt werden. Zweitens soll der Budgetposten 733.366, Beiträge an Landschaft- und Naturobjekte, ebenfalls nicht gekürzt werden.

**Herr Valentin Lagger (CVP):** Wer im Glashaus sitzt, bzw. sich während dieser Woche ins selbe begab, sollte nicht mit Steinen um sich werfen. Wer begann im Laufe der Woche mit Zahlenarithmetik bis 21, weil sich im Parlament gewisse Konstellationen änderten? Ich bin nach wie vor sehr stolz auf den Vorwurf, den ich letzte Woche von grüner Seite erhielt, ich würde Finanzpolitik betreiben. Wir beraten hier das Budget 2007 und wenn man hier über Parteizugehörigkeiten und Ähnliches diskutiert, ist dies nicht der richtige Ort dazu. Der Gemeinderat legte - wie von der Parlamentsmehrheit gefordert - ein neues, überarbeitetes Budget 2007 vor. Ein Budget das nun etwas mehr Freude macht, weil die berühmte, berühmte schwarze Null mit Massnahmen auf der Ausgabenseite erreicht wird. In diesem Sinne sind wir zufrieden.

Mir liegt sehr viel daran, Einiges noch aufzugreifen und klarzustellen. Christoph Salzmann, du liessst dir vor einer Woche wahrscheinlich nie träumen, dass dein Haar einen derartigen Bekanntheitsgrad, jetzt aber auch einen derart entscheidenden Einfluss auf die ganze Sache haben könnte. Mit deinem Beispiel wolltest du uns aufzeigen, wie sinnlos eine Rückweisung des Budgets 2007 sei. Rechnen wir etwas nach, kann jedoch von Sinnlosigkeit keine Rede mehr sein. Gemäss Hochrechnung 2006 weisen wir per Ende Jahr einen Bilanzfehlbetrag von 3, 448 Millionen Franken auf. Mit dem neuen Budget können im Jahr 2007 3,485 Millionen Franken des Bilanzfehlbetrages abgebaut werden. Damit ist der Bilanzfehlbetrag per Ende 2007 abgebaut, zwei Jahre früher als vom Kanton Bern vorgegeben. Und, noch viel wichtiger, wir haben zwei Jahre früher das problematische Jahr 2008 etwas umschifft und uns dafür einen riesigen Handlungsspielraum geschaffen. Ein allfälliges Defizit, das aufgrund gewisser unglücklicher Umstände im Jahr 2008 entstehen könnte, müsste somit nicht bis Ende 2009 abgebaut werden, sondern uns stünde dafür dann etwas mehr Zeit zur Verfügung. In diesem Sinn ist der Gemeinderat dringend aufzufordern, darauf zu achten, dass die heute bestehende Planung erreicht werden kann. All jene, welche bereits wieder den Vorwurf äussern, es handle sich hier um eine Machtdemonstration, die nur infolge neuer Konstellationen möglich sei, muss ich fragen: Kann es als Machtdemonstration bezeichnet werden, wenn der Wille abgegeben wird, sich finanzpolitisch den Handlungsspielraum derart zu erhöhen? Wenn sich die Lage im Jahr 2008 derart schlimm darstellen sollte, wie vom Gemeinderat in seinem Bericht aufgezeigt, müssten dannzumal ganz entscheidende Massnahmen umgesetzt werden, welche dann effektiv weh tun. Die heute vorgelegten Massnahmen, Harald Henggi erwähnte es bereits, sind jedoch vertretbar. Bei vielen handelt es sich um neue Erkenntnisse, die heute nochmals korrigiert wurden. Andere sind absolut vertretbare Verschiebungen. Zudem sind noch einige, aber extrem moderate, Restriktionen enthalten. Für die Behauptung, die Massnahmen seien immer noch schmerzhaft, kann ich wenig Verständnis aufbringen.

Ich danke dem Gemeinderat, dass er den Willen des Parlamentes in sportlich fairer Art und Weise schnell umgesetzt hat. Ich danke ihm auch dafür, dass er dies innerhalb einer Woche und gratis leistete und nicht in drei Monaten für 100'000 Franken. All jenen, die immer noch das berühmte Haar in der Suppe suchen und uns immer noch vorwerfen, wir würden demonstrativ Machtpolitik betreiben, wünsche ich frohe Weihnachten. Sie sollen bei Christoph Salzmann vorbeigehen, der sicher das eine oder andere seiner Haare verschenkt.

**Der Parlamentspräsident:** Ich bitte die folgenden Votanten, sich nur noch zum neuen Budget 2007 zu äussern. Lassen Sie bitte nicht die vergangene Woche Revue passieren und stossen Sie sich keine "Schnecken in die Tasche". Halten Sie sich bitte an die Sitzungsdisziplin, sonst können wir heute Abend die Traktandenliste nicht abarbeiten.

**Herr Mark Stucki (FDP):** Nach der gehabten Aufregung, die bei gewissen Personen entstand, die jedoch weder von grossen finanzpolitischen Kenntnissen noch von Souveränität im

Umgang mit politischen Mechanismen zeugt, hoffe ich, dass wir heute wieder zur Sachpolitik zurückkehren. Zumindest der Gemeinderat hat den demokratischen Auftrag verstanden und in kürzester Zeit erfüllt. Das beweist, nebenbei gesagt, dass der Auftrag durchaus realistisch und zielorientiert war. Für uns Liberale ist es selbstverständlich, dass wir das nun vorliegende Budget genehmigen. Wir sind sicher nicht mit jeder Zahl und allen Entwicklungen im Budget 2007, im Finanzplan 2008 - 2012 und im Investitionsplan 2011 voll und ganz einverstanden. Vom Finanz- und Investitionsplan werden wir nur teilweise zustimmend Kenntnis nehmen. Vor einer Woche erwähnte ich an dieser Stelle, dass die operationelle Planung Sache des Gemeinderates sei und es nicht am Parlament sein könne, spitzfindig jeden Einzelposten unter die Lupe zu nehmen. Dazu stehen wir.

Heute liegt uns ein Budget mit einer ehrlichen schwarzen Null vor. Das Budget 2007 ist ausgewogen, nicht nur was die Zahlen betrifft, sondern auch, was die politischen Schwerpunkte und die Abstriche angeht. Auch in unserer Fraktion sind nicht alle über Kürzungen erfreut. Wenn wir jedoch am Schluss hinter diesem Budget 2007 stehen können, müssen wir konsequenterweise zu allen Kürzungen Ja sagen, inklusive die uns heute angekündigte Verschiebung in der Direktion Bildung und Soziales. Das heisst, wir müssen die Anträge der Grünen ablehnen, wenn wir zum Budget Ja sagen wollen.

Wir behandeln heute ein Budget, das - auch das ist ein wichtiger Teil von Politik - ein Signal dafür setzt, dass es uns mit der Gesundung der Gemeindefinanzen Ernst ist. Die Gesundung der Gemeindefinanzen wird für uns Freisinnige weiterhin ein grosses Anliegen sein. Weder die Aussichten für das Jahr 2008 noch die Kennzahlen lassen uns jubeln. Ich wiederhole: Wir müssen für die Zukunft unbedingt an finanzpolitischem Spielraum gewinnen. So gesehen werden wir heute nicht zu einem Superbudget 2007 Ja sagen, aber zu einem genügenden. Damit tun wir zumindest einen Schritt in die richtige Richtung.

**Herr Bernhard Bichsel (jfk):** Vielleicht kann sich Hugo Staub an mein Votum von letzter Woche erinnern, als ich erklärte, Ursache und Wirkung seien nicht zu vertauschen. Wäre der Gemeinderat dem Antrag der GPK gefolgt, wäre das Budget 2007 letzte Woche nicht abgelehnt worden. Du erwähntest die strenge Sitzungsführung von Niklaus Hofer. Hättest du die Redezeit nicht überschritten, wärest du nicht unterbrochen worden. Zurück zum Budget 2007: Was ist nun passiert? Sind Mehrkosten im Umfang von 100'000 Franken entstanden? Nein. Hat sich das Budget um drei Monate verzögert? Nein. Wurde das Budget 2007 verbessert? Ja. So einfach lässt sich die Angelegenheit zusammenfassen. Gegenüber dem zuerst erhaltenen Voranschlag 2007 schneiden wir mit dem nun vorliegenden um mehr als 1 Millionen Franken besser ab. Für die Jungfreisinnigen ist der vorliegende Voranschlag 2007 genügend, wir werden ihn gutheissen. Das heisst aber auch, dass wir die im Promillebereich liegenden Anträge der Grünen ablehnen werden.

**Herr Hermann Gysel (EVP):** Ich präsentiere heute Abend die Fraktionsmeinung, was ich gerne bereits letzte Woche gemacht hätte. Der Gemeinderat veränderte total 21 Budgetpositionen und konnte den 21 Nein-Stimmen vom letzten Montag zeigen, dass es möglich ist, 10 Haare einzusparen. Wir dürfen das nun vorliegende Budget mehr oder weniger befriedigt annehmen. Dies gemäss dem Motto: Die Linken haben Recht und die Rechten haben Recht erhalten. Nun geht es ans Wesentliche: Gemeinderat und Verwaltung müssen mit den vorhandenen Mitteln sorgfältig umgehen und sich mit Freude und Fantasie an die Arbeit machen. Das wird nicht 10'000, 100'000 oder 300'000 Franken generieren, sondern Beträge in Millionenhöhe.

**Herr Stefan Lehmann (SVP):** Auch die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die rasche Erledigung der Pendenz Budget 2007. Es ist nicht selbstverständlich, dass in derart kurzer Zeit gehandelt wurde. Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat auch für die sachliche Diskussion. Im Gegensatz zu gewissen gehaltenen Voten im Parlament und gewissen Pressecommuniqués, ging es uns - wie dem Gemeinderat auch - immer um die Sache. Meine Argumente von letzter Woche waren alle finanzpolitischer Natur. Es darf einfach nicht sein, dass steigende Steuererträge in der Laufenden Rechnung versickern. Diese sollen für die Abschreibung des Bilanzfehlbetrages eingesetzt werden können. Zuerst dafür Eigenkapital zu bilden und danach für die gezielte Realisierung von Projekten. Im nun vorliegenden Budget werden 307'000 Franken auf der Aufwandseite eingespart. Damit ist unser Antrag erfüllt. Mit diesen Sparanträgen wird die Gemeinde weder kaputtgespart noch in ihrer Handlungsfähigkeit

eingeschränkt. Es kommt nicht zum grossen Sozialabbau und das Leiden ist auf alle Seiten gleichmässig verteilt. Die SVP-Fraktion stimmt dem vorgelegten Budget 2007 einstimmig zu und wird alle Änderungsanträge ablehnen.

**Herr Christoph Salzmann (SP):** Wir haben nun aufwandseitig 307'000 Franken eingespart. Das hätte bereits letzten Montag erreicht werden können, wenn unserem Kompromissantrag zugestimmt worden wäre. Dann hätte sich der Gemeinderat nicht so beeilen müssen. Er hätte vielleicht etwas mehr Zeit gehabt, die Budgetposten in aller Ruhe durcharbeiten. Wir haben eine Budgetgenauigkeit von 2 bis 3 Prozent und den Aufwand nun um 1,6 Promille reduziert. Die Budgetgenauigkeit ist dadurch nicht besser geworden, weil bei einigen Budgetposten - im baulichen Unterhalt von Schulen oder Gemeindebauten - die wenige noch vorhandene Luft auf ein absolutes Minimum abgelassen wurde. Was passiert, wenn ein Schulhausdach im Jahr 2007 defekt ist, statt wie gehofft erst im Jahr 2008 oder 2009? Dann wird ein Kreditnachtrag gestellt. Was geschieht, wenn im Eichholz im Sommer wieder mehr Vorfälle vorkommen, weil das Wetter schöner ist als letztes Jahr und mehr Sicherheitspersonal gemietet werden muss? Dann wird ein Kreditnachtrag gestellt. Was passiert, wenn eine Maschine, deren Reparatur man für ein Jahr verschiebt, ihren Geist plötzlich aufgibt? Dann wird ein Kreditnachtrag gestellt. Ich befürchte, dass mit der Einsparung der obgenannten 307'000 Franken die Budgetgenauigkeit in eine Schiefelage gerät. 15 Prozent der Ausgabeposten sind nun in die Zukunft hinaus verschoben worden. Die Kürzungen sind insgesamt sicher vernachlässigbar; bei den einzelnen Budgetpositionen kann es sich jedoch durchaus um mehr als nur 1,6 Promille handeln. Beim zusätzlichen öffentlichen Verkehr betragen die Kürzungen rund 23 Prozent. Die Ausgaben für die Alterskonferenz wurden fast gänzlich weggespart.

Die SP-Fraktion ist der Meinung, die Opfersymmetrie sei etwas einseitig. Viele Positionen in den Bereichen Soziales, öffentlicher Verkehr und beim Umweltschutz wurden reduziert. Das gefällt uns sicher nicht, auch wenn da und dort nun erklärt werden kann, die Einsparungen seien verträglich. Die Öffentlichkeit registriert vor allem die Schlagzeilen und kaum das Kleingedruckte. Kurz, die ganze "Budgetübung" wird für unsere Gemeinde einen Imageverlust bedeuten. Für eine Gemeinde, die als attraktiver Wohn- und Arbeitsstandort gelten will. Wir müssen unser Gemeindemarketing nun für Imagekorrekturen einsetzen, statt das gute Produkt darzustellen und zu bewerben. Ich will Sie nicht um Zustimmung oder Ablehnung für die Änderungsanträge bitten. Ein Zeichen solle gesetzt werden, sagte der Sprecher der FDP-Fraktion letzten Montag. Ein Zeichen setzen, ist immer eine Handlung auf der emotionalen Ebene und nicht auf der Sachebene. Die Fronten sind längstens gebildet. Ich hoffe, dass wir im Jahr 2007 wieder zu einer lösungsorientierten Sachpolitik zurückkommen. Wir müssen die Sozialarbeit diskutieren. Die Sicherheitsprobleme im Eichholz werden uns beschäftigen. Wir brauchen ein angemessenes familienergänzendes Betreuungsangebot. Die Ausgaben für die Alterskonferenz können vielleicht aufgehoben werden, aber über deren strategische Überlegungen und Dienstleistungsangebote werden wir diskutieren müssen. Ich hoffe auf das Jahr 2007.

**Frau Liz Fischli (GB):** Wir haben uns nicht abgesprochen, Christoph Salzmann, aber ich kann dort weiterfahren, wo du aufgehört hast. Als ich die neuen Sparvorschläge prüfte, war ich ziemlich bestürzt darüber, dass fast ein Drittel der Einsparungen in den Bereich Bildung, Schule, Familie, Alter und im öffentlichen Verkehr vorgesehen sind. Man erklärte uns, die vorgeschlagenen Einsparungen würden niemandem wirklich weh tun. Vieles kann begründet werden. Das Beispiel Musikschule zeigte jedoch, dass doch nicht alles so klar ist, wie erklärt wird. Auch im baulichen Unterhalt wird noch einmal mehr gespart. Wir hoffen, dass die alten Schulhäuser trotzdem sicher sind. Wir denken auch, es sei ein schlechtes Zeichen nach aussen, wenn in den obgenannten Bereichen gespart wird, auch wenn die Einsparungen technisch erklärt und begründet werden können. Wir fragen uns, weshalb die Schulsozialarbeit in Köniz nicht mit dem Beginn des Schuljahres anfängt, sondern erst im Laufe. Die Gemeinde Köniz möchte eine attraktive Gemeinde sein und gemäss aktuellen Bevölkerungsszenarien soll die Einwohnerzahl wachsen und dementsprechend die Zahl der Kinder. Wir wünschen und begrüßen dies. Wenn sich Interessierte die Frage stellen, ob sie in die Gemeinde Köniz oder in eine Nachbargemeinde ziehen, sind für den definitiven Entscheid Angebot und Qualität der Schulen, der Betreuungsmöglichkeiten und des öffentlichen Verkehrs ganz entscheidende Faktoren. Deshalb ist die Gemeinde im Jahr 2007 gut beraten, in diesen Bereichen nicht zu sparen, sondern zu investieren und weiterhin ein attraktives, familienfreundliches Angebot



bereitzustellen und auch zu unterhalten. Dazu gehört der bauliche Unterhalt der Schulen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Bereiche trotz allem die nötigen Mittel für ihre Bedürfnisse erhalten.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Die Budgetkorrekturen in der Höhe von 300'000 Franken, über welche wir heute beraten, können nicht zu einer grundsätzlichen Frage über den zukünftigen Kurs der Könizer Finanzpolitik hochstilisiert werden. Dazu sind die 1,6 Promille - beschränkt auf ein Jahr - objektiv betrachtet ein marginaler Beitrag. Der Rückweisungsentscheid vom letzten Montag war sicher kein strategischer, ich kommentiere ihn hier nicht weiter. Ein Budget ist immer eine Momentaufnahme. Mit jeder zeitlichen Verschiebung erhalten wir zusätzliche Erkenntnisse. Die oft genannten 1,6 Promille liegen deutlich innerhalb des Streubereiches der Budgetgenauigkeit. Wir haben im Gemeinderat selbstverständlich nach Erkenntnissen gesucht, die uns erlauben, Ihren Auftrag zu erfüllen, d.h. Einsparungen beim Aufwand zu erzielen. Der Gemeinderat verfolgt die Finanzentwicklung regelmässig und nimmt, wenn nötig, Korrekturen bereits während des Jahres vor, um seine finanzpolitischen Ziele zu erreichen. Das Budget ist ein Steuerungselement, jedoch nicht das einzige. Der knappe Entscheid des Parlamentes vom letzten Montag ist wie jeder andere Parlamentsentscheid zu akzeptieren. Der Gemeinderat verlor die Abstimmung und darauf lautet seine Antwort ganz einfach: Verstanden. Deshalb handelte der Gemeinderat auch. Er tat dies aus zwei weiteren Gründen: Er wollte erstens verhindern, zu Beginn des Jahres 2007 ohne gültiges Budget dazustehen. Das hätte zur Folge gehabt, dass nur noch gebundene Ausgaben hätten getätigt werden können und alles andere blockiert gewesen wäre. Wichtige Projekte, emotionale und einschneidende Themen wie z.B. die IAFP oder die kurz bevorstehenden Schulschilager. Der zweite Grund für ein rasches Handeln lag darin, die Spesen für die Überarbeitung des Budgets 2007 zu minimieren. Ich bin froh, dass Ihre Reaktion nun positiv ist und wir spüren, dass Sie gedenken, den Voranschlag 2007 mit der Korrektur von 300'000 Franken zu genehmigen.

Der Vorwurf, der Gemeinderat gehe die Finanzsanierung zu wenig energisch an, ist falsch. Ich habe den Eindruck, dass die Arbeit des Gemeinderates von einer knappen Parlamentsmehrheit zu schlecht bewertet wird. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und ich möchte, auch wenn dies eine Wiederholung ist, an einigen Beispielen noch einmal aufzeigen, dass die Politik des Gemeinderates wesentlich zur Gesundung der Finanzen beigetragen hat: Erstens hat er im November 2005 eine neue Finanzstrategie beschlossen, die seither konsequent umgesetzt wird. Diese Finanzstrategie steht auf drei Säulen und bei der Umsetzung dieser Dreisäulen-Politik können wir feststellen, dass aus jeder Säule nachhaltige und erhebliche Sanierungsbeiträge resultieren.

Die erste Säule ist das Lobbying beim Kanton. Erste Erfolge führten zu einer Verhinderung der Erhöhung der Zentrumsabgeltung an die Kernstädte. Wiederkehrend konnte so Handlungsspielraum in der Höhe von 1,7 Millionen Franken pro Jahr gewonnen werden. Die zweite Säule ist die Förderung des Wohnungsbaus und die Ansiedlung von Unternehmen in der Gemeinde Köniz. Bei zwei grossen kommunalen Arealen konnte der Gemeinderat im Jahr 2006 den Durchbruch erzielen. Im Hertenbrünnen in Schliern und auf dem Areal der alten Migros in Köniz soll qualitativ überdurchschnittlicher Wohnungsbau realisiert werden. Die Bedingungen sind geklärt und die Investoren vorhanden. Sie werden anfangs des nächsten Jahres Gelegenheit haben, bei diesen zwei wichtigen Projekten mitzuarbeiten. Dadurch werden zusätzlich Baurechtszinse von jährlich 650'000 Franken sichergestellt. Hier kann sicher nicht mehr die Rede vom Verscherbeln des Tafelsilbers sein, sondern von Nachhaltigkeit. Diese Einnahmen sind in den Augen des Gemeinderates ordentliche Erträge und werden uns langfristig die Abhängigkeit von den Steuereinnahmen brechen. Die Baurechtszinse sind übrigens an eine Indexklausel gebunden, d.h. wir partizipieren an der Erhöhung des Landwertes. Die dritte Säule ist das Sanierungspaket 2007 - 2008. Mit diesem beschloss der Gemeinderat Budgetverbesserungen von jährlich 2 Millionen Franken, die zu einem grossen Teil nachhaltig sind. Der Bilanzfehlbetrag ist vom Gemeinderat mit Nachdruck abgebaut worden. Wir haben einen klaren Vorsprung auf die Marschtabelle. Statt einem Bilanzfehlbetrag von 4,1 Millionen Franken, wie er im Finanzplan vor einem Jahr für das Jahr 2007 vorgesehen war, ist der Bilanzfehlbetrag nun mit den Beschlüssen des Gemeinderates vor der letzten Budgetdebatte praktisch abgebaut worden. Der Gemeinderat wird selbstverständlich alles daran setzen, die Zielerreichung - Abbau des Bilanzfehlbetrages bereits im Jahr 2007 - sicherzustellen. Die um 1,6 Promille weniger hohen Ausgaben auf der Aufwandseite, leisten dazu auch einen Beitrag,

das ist klar, wenn auch keinen wesentlichen. Sie werden das in der Rechnung 2006/2007 nachprüfen können.

Stichwort Verschuldung: Frau Matter wies heute darauf hin und die Vertreter der jfk taten dies letzten Montag. Die Nettoverschuldung pro Kopf der Bevölkerung sinkt seit dem Jahr 2003. Die Rechnung 2006 wird einen nächsten Zwischenstand aufzeigen. Wir sind auf einem Niveau, von welchem die eine Seite in den Parlamenten der Städte Bern, Biel und Thun träumt und die andere Seite sagt, mit der Nettoverschuldung pro Kopf so weit herunter zu kommen sei kein relevanter Zielwert, das sei über das Ziel hinausgeschossen. Der Bruttoverschuldungsanteil ist im Finanzplan und der Rechnung neu ausgewiesen. Gemäss Finanzplan sinkt er und erreicht im Jahr 2007 einen Wert, der gemäss dem Urteil von Fachleuten im öffentlichen Finanzwesen als gut bezeichnet werden kann. Ich entschuldige mich im Voraus für meine folgende Äusserung. Die Vertreter des jfk kommen mir beim Thema Verschuldung etwas vor wie ein Arzt, der bei einem Patienten mit einer leichten Erkältung eine schwere Lungenentzündung diagnostiziert und diese mit radikalen medizinischen Massnahmen heilen will. Der Patient ist - im Quervergleich mit anderen Gemeinden - gar nicht so krank.

Ich komme zum Schluss: Ich bitte Sie, die Auseinandersetzung um den Voranschlag 2007 nun zu beenden, dem Budget zuzustimmen und nach vorne zu schauen, z. B. auf die Rechnung 2006. Wir werden Ihnen mit der Rechnung 2006 einen überarbeiteten Finanzplan vorlegen.

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Frau Fischli stellte eine Frage zur Schulsozialarbeit in Niederscherli. Ich setze mich sehr für die Schulsozialarbeit ein, nicht nur auf Gemeindeebene, sondern auch beim Kanton. Die Gemeinde Köniz bezahlt die Löhne für die Schulsozialarbeit selber. Es kann jedoch nicht sein, dass sich die GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion) heraushält und nichts dazu beiträgt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Schulsozialarbeit anders finanziert wird. Zur Schule Niederscherli: Per 1. August 2007 wird ein neuer Schulleiter gewählt. Somit werden die Strukturen neu konzipiert und wir waren der Meinung, es mache nichts aus, wenn die Erhöhung der Stellenprozente bis in den November 2007 hinausgeschoben wird. Die Schulsozialarbeit wird nicht nur in Niederscherli im Oberstufenzentrum tätig sein, sondern auch an den kleineren Schulen von Mengestorf, Mittelhäusern und Oberscherli. Dazu muss jedoch ein Konzept erarbeitet werden, das nachhaltig sein soll.

## **Detailberatung**

Investitionsplan 2007 - 2011 ff

**Frau Claudia Egli (SP):** Zu Seite 208, Pos. 362.503 Gesamtsanierung altes Schulhaus Niederwangen: Ich reichte diesbezüglich letzten Montag eine Motion ein. Der Betrag für die Gesamtsanierung wurde aus dem IVP (Investitionsplan) gekippt. Nun stellt sich mir folgende Frage: Wurde für alle Institutionen, die sich in diesem alten Schulhaus befinden, ein Alternativstandort in Niederwangen gefunden und ist somit die Gesamtsanierung nicht mehr notwendig? Ich frage mich, wie lange man mit der Gesamtsanierung warten will, wenn die hohen Risiken bekannt sind. Ausserdem regnet und schneit es hinein und die Räume können nicht mehr über 15 Grad aufgeheizt werden. Mir ist wichtig, diese Gesamtsanierung wieder im Investitionsplan vorzusehen, denn ein weiteres Abwarten ist zu riskant. Gemäss einer Überprüfung der Flachdächer von gemeindeeigenen Bauten betreffend Sicherheit bei viel Schnee hat unsere Gemeinde vorbildlich gut abgeschlossen. Wir sollten auch zu unseren alten Schulhäusern Sorge tragen und diese vorbildlich sanieren.

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Claudia Egli, wir werden die Motion entsprechend beantworten. Tatsächlich wurde die Sanierung des alten Schulhauses Niederwangen infolge des Sanierungspaketes weit nach hinten geschoben. Uns ist bewusst, dass dieses Schulhaus in keinem sehr guten Zustand ist, aber für die sich im Schulhaus befindlichen Institutionen als genügend betrachtet wird. Niemand ist in diesem Schulhaus gefährdet. Sollte es gefährlich werden, sind wir selbstverständlich bereit, mit den Institutionen zusammen nach einer Notlösung zu suchen.

**Frau Ursula Wyss (GFL):** Ich habe zwei Fragen zu Seite 206, Pos. 242.501, Wabern, Kirchstrasse ab Unterführung BLS bis Wabernstock: Dort sind für das Jahr 2007 300'000 Franken eingesetzt und für das Jahr 2008 nochmals 150'000 Franken. Wofür sind diese Beträge vorgesehen? Zu Pos. 242.501, Wabern, Werkstrasse (Poller) stelle ich folgende Frage: Die Realisierung dieser Poller wurde bereits ungefähr fünfmal verschoben. Alle Einsprachen wurden

schon längstens abgewiesen. Letztes Jahr wurde meine gleiche Frage an dieser Stelle damit beantwortet, dass die Poller im Jahr 2006 realisiert würden. Nun wurde die Realisierung auf das Jahr 2008 verschoben. Weshalb?

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich beantworte zuerst die Frage betreffend der Poller an der Werkstrasse: Diese sind mit der Überbauungsordnung verknüpft, deren Ausführung man sich erhoffte. Die Poller müssen jedoch spätestens im Jahr 2008 erstellt werden und das sehen wir so vor. Die Frage betreffend der eingesetzten Beträge für die Sanierung der Kirchstrasse ab Unterführung BLS bis Wabernstock beantworte ich wie folgt: Der Investitionsplan ist eine rollende Planung und die beiden von dir erwähnten Beträge waren für die Aufgleisung eines anderen Projektes vorgesehen. Da wir jedoch die Sanierung der Kirchstrasse - vom Kreisel Morillonstrasse bis zum Wabernstock - gesamtheitlich angehen wollen, werden diese beiden Beträge bei der nächsten Prüfung des IVP herausfallen.

**Frau Liz Fischli (GB):** Ich komme auf Pos. 362.503, Gesamtsanierung Schulhaus Wandermatte zu sprechen. Das Schulhaus ist sehr alt und eine Gesamtsanierung ist vorgesehen. Es bestehen grosse Mängel. Beispielsweise kann der Sportunterricht nicht gemäss Lehrplan unterrichtet werden, da die Turnhalle zu klein ist. Der vorgesehene Kredit ist vermutlich zu klein und ich möchte fragen, ob vorgesehen ist, diesen nochmals zu überprüfen.

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Die Direktion Bildung und Soziales prüft Gesamtsanierungen von Schulhäusern jeweils zusammen mit der Direktion Gemeindebauten. Das Schulhaus Wandermatte hat zur Zeit nicht erste Priorität, denn bei anderen Schulhäusern sind Gesamtsanierungen viel dringlicher. Uns ist jedoch bewusst, dass auch für das Schulhaus Wandermatte eine Gesamtsanierung notwendig ist. Wir müssen uns auch hier nach den vorhandenen Mitteln richten.

**Herr Alfred Arm (SP):** Ich spreche zu Pos. 144 Schloss Köniz auf Seite 204. Allen ist bekannt, dass es mit dem Kulturkonzept im Schlossareal Köniz vorwärtsgehen soll. Aus dem IVP ist ersichtlich, dass in den Jahren 2007/2008 650'000 Franken und danach jeweils 500'000 Franken dafür eingesetzt sind. Ist dieser Betrag nicht zu klein?

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Auch ich möchte dem Ausbau im Schlossareal gerne einen Schub geben, Alfred Arm. Das wird schwierig sein. Wir stossen jedoch an und setzen dafür die vorgesehenen 500'000 Franken ein. Für den Gemeinderat ist klar, dass die Sanierung des Schlossareals nicht durch Gemeinde allein finanziert werden kann. Das Schlossareal benötigt Investoren oder Personen, die sich dort engagieren. Das Konzept muss wirtschaftlich nachhaltig sein, nur so kann innovativ entwickelt werden. Über die Zukunft des Schlossareals werden wir noch einige Male zu diskutieren haben.

Finanzplan mit Sanierungsmassnahmen 2008 - 2012

**Herr Valentin Lagger (CVP):** Ich stelle eine Frage zu Seite 304, NFA/Lastenausgleiche. Hier sind für die Jahre 2007/2008/2009 Veränderungen in gewissen Lastenausgleichen bezüglich AHV- und IV-Beitrag an den Kanton ersichtlich. Leider fallen diese, infolge der Umsetzung im Kanton Bern, ein Jahr zu spät weg. Mich interessiert, weshalb beim EL-Beitrag an den Kanton und beim öffentlichen Verkehr die massive Teuerung - von fast 25 oder 20 Prozent - erst im Jahr 2009 eintreten wird. Wenn dem so ist, sind die 37'000 Franken, die anfangs 2008 als Polster vorgesehen sind, wirklich sehr wichtig. Denn knapp daneben ist auch vorbei.

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Die EL-Beiträge sind eine Vorgabe des Kantons und diese Zahlen wurden dementsprechend übernommen.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Mit dem NFA werden AHV und IV entlastet, der öffentliche Verkehr jedoch stärker belastet, d.h. es geschieht eine Umverteilung der Finanzströme. Wir versuchten via RVK etwas an diesen vorgesehenen Umverteilungen zu ändern. Das ist jedoch nicht möglich. Für einige Gemeinden mag diese Umverteilung aufgehen, für die Gemeinde Köniz werden jedoch jährliche Belastungen von 1 Million Franken entstehen. Das ist ein schlechtes Zeichen für den öffentlichen Verkehr, weil damit jedes neue Angebot teurer zu stehen kommt.

Mit 23 : 6 Stimmen bei 10 Enthaltungen wird der Antrag der GB/GFL-Fraktion, die Konti 241.314 und 241.352 nicht um Fr. 25'000.00 zu kürzen, abgelehnt.

Mit 23 : 5 Stimmen bei 11 Enthaltungen wird der Antrag der GB/GFL-Fraktion, das Konto 733.366 nicht um 10'000.00 Franken zu kürzen, abgelehnt.

Mit 37 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Ziffer 4a) und einstimmig (Ziffer 4b) fasst das Parlament folgenden

### **Beschluss**

Das Parlament genehmigt den ausgeglichenen Voranschlag der Laufenden Rechnung 2007, der einen Gesamtaufwand respektive einen Gesamtertrag von je CHF 189'152'255.00 ausweist. Dieses Ergebnis beinhaltet eine weitere Abschreibung des noch vorhandenen Bilanzfehlbetrages von CHF 3'485'529.00.

Im Jahr 2007 sind folgende Steuern zu erheben:

- Die ordentliche Gemeindesteuer im 1,54-fachen Betrag der für die Staatssteuern geltenden Einheitssätze.
- Die Liegenschaftssteuer von 1,2 %o auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft.
- Die Hundetaxe von CHF 100.00 für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund (bisher CHF 80.00)

Mit 15 Stimmen zustimmend, 24 Stimmen teilweise zustimmend (Finanzplan), und 12 Stimmen zustimmend, 27 Stimmen teilweise zustimmend (Finanzplan), nimmt das Parlament Kenntnis vom

- Finanzplan 2008 - 2012 vom 8. November 2008
- Investitionsplan 2007 - 2011 ff vom 18. Oktober 2006.

Herr Daniel Oester verlässt das Parlament um 20.15 Uhr, somit sind noch 38 Parlamentsmitglieder anwesend.

## **8. Liebefeld, Sanierung Kirchstrasse, Strassenplan und Liebefeld Kirchstrasse, Wasserleitungersatz**

Verpflichtungskredite; Direktion Planung und Verkehr und Direktion Gemeindebetriebe

**Herr Stefan Lehmann (SVP; GPK-Sprecher):** Die Kirchstrasse im Abschnitt Kreisel Steinhölzli bis zur Verzweigung Morillonstrasse befindet sich in einem sehr schlechten Zustand. Wir stimmen heute über einen Sanierungskredit in der Höhe von 2,99 Millionen Franken ab und gleichzeitig über einen Kredit für die Sanierung der Werkleitungen in der Höhe von 400'000 Franken. Die Werkleitungen stammen aus dem Jahr 1916 und es wäre sinnvoll, sie gleichzeitig mit der Sanierung der Kirchstrasse zu ersetzen. In der GPK wurde Folgendes diskutiert: Die Kirchstrasse in Wabern wird erst in einer zweiten Etappe saniert. Dieses Geschäft soll jedoch noch während der jetzigen Legislatur ausgelöst werden, da die Sanierung der ganzen Kirchstrasse ein Legislaturziel ist. Der Kreisel Morillon kann noch nicht realisiert werden, weil das dazu benötigte Land, das dem Spitalverband gehört, noch nicht erworben werden konnte. Auch muss die Stadt Bern an die Realisierung dieses Kreisels einen - wenn auch kleinen - Beitrag leisten. Der Kreisel ist im Kredit inbegriffen, wird jedoch erst realisiert, wenn der Land-erwerb getätigt und der Beitrag der Stadt Bern vorhanden ist. Die Frage tauchte auf, weshalb nicht etappiert und der Kreisel erst später realisiert wird. Die Strasse unmittelbar nach dem Kreisel ist jedoch in einem äusserst argen Zustand und die Sanierung dort am dringendsten. Die Stadt Bern hat vor kurzem einige Unebenheiten - ohne Absprache mit der Gemeinde Köniz - ausgeglichen. Für den Bahnübergang Morillon bestand ein Projekt für eine Unterführung, das zur Zeit jedoch kein Thema ist. Der Bahnübergang befindet sich auf Berner Boden. In den nächsten 10 Jahren wird sich am bestehenden Zustand nichts ändern. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 6 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung (Ziffern 1 und 2), und einstimmig (Ziffern 3 und 4), dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Der Quadratmeterpreis beträgt 380 Franken. Wir bitten Sie jedoch, diesen mit Vorsicht zu geniessen, da es sich um den Preis im Vorprojekt mit  $\pm 20$  Prozent Genauigkeit handelt. Dieses Projekt ist noch nicht abgeschlossen. Als Vergleich können der Quadratmeterpreis der Schwarzenburgstrasse von 450 Franken oder der Seftigenstrasse von 500 Franken herangezogen werden. Wir werden sicher unter diesen Preisen bleiben. Zum Kreisel Morillon möchte ich Folgendes sagen: Ziel ist, dass wir bis spätes-

tens 2009 mit der Stadt Bern einen Weg für die Realisierung dieses Kreisels gefunden haben. Ist dies nicht möglich, wird alles so weit vorbereitet, damit, sobald die Stadt Bern ihren Teil realisiert hat, nur noch einige Pinselstriche aufgemalt werden müssen.

### **Eintreten**

**Herr Ignaz Caminada (CVP):** Ich vertrete die Meinung der CVP/EVP-Fraktion, spreche hier aber auch, weil die Kirchstrasse ein Teil meines Arbeitsweges ist. Seitdem ich in der Gemeinde Köniz wohnhaft bin, befahre ich diesen Strassenabschnitt täglich. Ich nehme für mich in Anspruch, sämtliche Bodenwellen zu kennen und kann deshalb meine Slalomfahrt genau steuern. Ein Arbeitskollege beobachtete einmal, dass ich beim Abbiegen in Richtung Lerbermatt kein Handzeichen gegeben habe. Ich antwortete ihm, ich sei nicht lebensmüde, denn für die sichere Lenkung des Fahrrades auf diesem Abschnitt sei es notwendig, beide Hände am Lenker zu haben. Vor wenigen Wochen waren diese Unebenheiten plötzlich - wie von Stefan Lehmann erwähnt - ausgeglichen. Einerseits bedeutet dies einen Qualitätsgewinn, andererseits graust es mich vor diesem nun dünnen Belag. Das erste über 30 Zentimeter grosse Schlagloch hat sich bereits gebildet und die Strasse wird wohl innert kürzester Zeit ganz defekt sein. Aus diesem Grund ist nun noch eine Zwischenlösung notwendig. Aber, mit Zwischenlösungen, Provisorien - Providurien - und Strassenexperimenten lebe ich auf diesem Abschnitt bereits seit über 20 Jahren. Immer wieder war dieser Strassenabschnitt im IVP (Investitionsplan) enthalten und immer wieder wurde er aus finanziellen Gründen verschoben. Nun sind konkrete Handlungen zwingend notwendig.

Die CVP/EVP-Fraktion prüfte den Strassenplan genau und stellte Folgendes fest: Wir können nicht nachvollziehen, dass vom Bellevue-Kreisel bis zum Morillon-Kreisel ein Mittelstreifen auf Kosten des Radstreifens realisiert wird. Oft stockt der Verkehr auf diesem Abschnitt, weil sich die Autos hinter den Bussen stauen. Die Velofahrenden werden - wie in der heutigen Situation - eingeklemmt sein und irgendwo in der Kolonne stecken bleiben. Da diese Strecke auch Schulweg ist, können wir ebenfalls nicht nachvollziehen, dass nach dem Umbau kein Radstreifen vorhanden sein wird. Die Sanierung wäre doch eine Chance für die Verbesserung der heutigen Situation. Dass dort auf Kosten des Radstreifens ein Mittelstreifen realisiert werden soll, kann auch nicht als Notwendigkeit für das Linksabbiegen bezeichnet werden, denn, will jemand in den Steinhölzliweg abbiegen, ist dies via Morillon-Kreisel möglich. Unerklärlich ist ebenso, wieso beim Projektende in Richtung Steinhölzli-Kreisel der Mittelstreifen 19 Meter vor dem Fussgängerstreifen um einen Meter verbreitert wird. Dies wiederum auf Kosten des Radstreifens. Verwunderlich ist es umso mehr, da gerade auf dieser Höhe das Trottoir 3,5 Meter breit ist. Eigentlich sollte dieses Geschäft infolge der vielen Unklarheiten an den Absender zurückgesandt werden. Da die CVP/EVP-Fraktion jedoch die absolute Notwendigkeit einer Sanierung einsieht, unterstützen wir den Antrag des Gemeinderates. Uns wäre jedoch lieber gewesen, wenn die ominösen 300'000 Franken aus der Budgetdebatte etwas tiefer gelegt und für diesen Zweck hier ausgegeben worden wären.

**Herr Hanspeter Kohler (FDP):** Der zur Sanierung in Diskussion stehende Strassenabschnitt ist zweifellos in einem sehr schlechten Zustand. Eine Sanierung ist dringend. Der Winter steht vor der Tür und dieser schadet dem Strassenabschnitt noch mehr. Zahlreiche Unfälle sind in den letzten Jahren auf diesem stark frequentierten Strassenabschnitt geschehen. Mit provisorischen Massnahmen, z.B. Bodenmarkierungen, wurde die Sicherheit nur partiell erhöht. Speziell unangenehm sind die vorhandenen Strassenwölbungen, besonders bei schlechter Witterung, am Abend und bei Regen, die zu gefährlichen Situationen für alle Verkehrsteilnehmenden führen. Die heutige Strassenbeleuchtung ist nicht optimal. Eine baldige und vollständige Sanierung ist auch aus Kostengründen unbedingt notwendig. Das jährliche Flickwerk ist nicht mehr akzeptabel und teure Notsanierungen müssen vermieden werden. Die FDP/jfk-Fraktion unterstützt die beiden Verpflichtungskredite zur Sanierung der Kirchstrasse wie auch zum längst fälligen Wasserleitungersatz. Wir gehen davon aus, dass die Sanierung beim eventuellen Bau einer Unterführung im Bereich Morillon nicht zu logistischen Problemen führen sollte.

**Herr Ueli Salvisberg (SVP):** Dieses Geschäft beinhaltet die komplexe Sanierung einer stark befahrenen Gemeindestrasse. Einerseits ist die Sanierung inklusive Lärmschutzmassnahmen vorgesehen und andererseits müssen Wasserleitungen aus dem Jahr 1916 ersetzt werden. Dies alles bei laufendem Verkehr. Davon kann ich ein Lied singen. Vor unserem Geschäft

wurde die Schwarzenburgstrasse bei laufendem Verkehr saniert. Ich hoffe, die Sanierungsmassnahmen werden mit den Geschäftsleuten an der Kirchstrasse abgesprochen, damit der Umbau einigermaßen reibungslos verläuft. Die längst notwendige Sanierung wurde immer wieder verzögert. Nun müssen wir jedoch - ich sage dies hier ganz deutlich - trotz unseren schwachen Gemeindefinanzen zu dieser Sanierung Ja sagen. Die SVP-Fraktion ist jedoch darüber enttäuscht, dass zum Zeitpunkt der Debatte über die Sanierung der Kirchstrasse die rechtlichen Grundlagen für die Realisierung des Morillon-Kreisels noch nicht vorliegen. Ein weiterer negativer Punkt ist der Umstand, dass mit der Stadt Bern kein Weg gefunden wurde, damit das Projekt auf Stadt-Berner Boden weitergeführt werden kann. In Anbetracht des schlechten Zustandes dieses Abschnittes der Kirchstrasse stimmt die SVP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates - wenn auch zähneknirschend - mehrheitlich zu.

Ich danke für die Zustellung des guten und übersichtlichen Planes an die Fraktionspräsidenten. Wir haben in früheren Zeiten oftmals schlecht lesbare Pläne erhalten.

**Frau Ursula Wyss (GFL):** Ich wiederhole mich: Die Sanierung der Kirchstrasse im Abschnitt Steinhölzli - nicht zu verwechseln mit dem Abschnitt Wabern, der leider erst ab dem Jahr 2010 vorgesehen ist - ist dringend notwendig. Bei der Durchfahrt mit dem Velo wird man auf diesem Abschnitt ziemlich durchgerüttelt. Die Kreuzung Morillonstrasse-Kirchstrasse ist gefährlich, dort geschehen viele Unfälle. Das Anliegen selber ist bereits uralte. Der uns vorliegende Plan wurde mit allen Beteiligten und Einsprechenden ausgehandelt und lag bereits im Jahr 2004 auf. Dass die Sicherheit des Langsamverkehrs so hoch gewichtet wird, ist in meinen Augen sehr gut. Leider kann - scheinbar aus Platzgründen - an der gefährlichsten Stelle, zwischen der Einmündung Bellevuestrasse und der Kreuzung Morillonstrasse-Kirchstrasse Richtung stadteinwärts, kein Velostreifen realisiert werden. Das ist schade, denn einmal mehr kommt hier die Regel zum Zug, dass, sobald die Strassensituation eng oder gefährlich ist, der Velostreifen weggelassen wird. Auch an anderen Stellen dieses Abschnittes wird der Velostreifen stets wieder unterbrochen. In meinen Augen sollten dort mindestens Piktogramme aufgemalt werden. Fast 3 Millionen Franken sind nicht wenig Geld für die Sanierung. Nun jedoch Geld für bei einer allfälligen Nichtannahme des Geschäftes absolut notwendige Sofortmassnahmen auszugeben, wäre der falsche Weg. Deshalb und im Interesse des Ganzen - trotz dem Wermutstropfen des nicht durchgängigen Velostreifens - stimmen wir Grünen der längst fälligen Sanierung zu.

**Frau Anna Mäder (SP):** Auch die SP-Fraktion stimmt dem Geschäft vollumfänglich zu. Es handelt sich hier um eine längst überfällige Sanierung. Nicht nur aus Sicherheitsgründen, sondern auch aus städtebaulichen. Positiv zu werten ist, dass beim Projekt grosser Wert auf die Sicherheit des Langsamverkehrs gelegt wurde. Auch ich betrachte es als Wermutstropfen, dass im Abschnitt Bellevue-Kreisel/Morillon-Kreisel stadteinwärts anscheinend aus Platzgründen auf den Radstreifen verzichtet werden musste. Ich hoffe sehr, dass bei der Detailplanung mit flankierenden Massnahmen das maximal Mögliche für die Sicherheit der Velofahrenden herausgeholt werden kann. Es mag richtig sein, dass in diesem Bereich die gefahrenen Tempi nicht sehr hoch sind. Das stimmt jedoch nur während der verkehrsreichen Zeit; ist der Verkehr nicht so dicht, sind die Tempounterschiede zwischen Velofahrenden und dem Autoverkehr ungleich höher. Positiv werten wir, dass die Bushaltestellen direkt neben den Fussgängerstreifen vorgesehen sind. Das dient der Verkehrssicherheit und dem Komfort der Benutzer des öffentlichen Verkehrs. Im Weiteren sind die neuen Kurzzeit-Kundenparkplätze sicher eine Komfortsteigerung für die Geschäfte. Dieses System hat sich bereits in Wabern und in Köniz gut bewährt. Die Lärmschutzwände werden den Anwohnenden Entlastung bieten. Wir haben einige Fragezeichen betreffend der Abstimmung der Sanierung mit der Stadt Bern. Es sieht in unseren Augen so aus, dass der Handlungsbedarf von Stadt-Berner Seite aus nicht sehr hoch ist. Ob die Stadt Bern vor diesem Hintergrund wirklich alles daran setzen wird, die noch vorhandenen Differenzen mit dem Ziegler-Spital zu bereinigen, wage ich zu bezweifeln. In diesem Sinne ist die Gemeinde Köniz gut beraten, wenn sie sich aktiv bei der Stadt Bern für eine Weiterbetreibung dieses Projektes einsetzt. Die Sanierung in einem Zug zu realisieren wäre sehr sinnvoll.

Noch etwas Persönliches: Ich fahre oft mit dem Roller von Wabern her unter anderem an die Parlamentssitzungen ins Liebfeld. Der Abschnitt zwischen der Morillonstrasse und dem Steinhölzli-Kreisel ist für Zweiradfahrzeuge so gefährlich, dass ich jedes Mal heilfroh bin, wenn ich ohne Unfall durchkomme. Deshalb werden Sie verstehen, dass ich diesem Geschäft zu

meiner eigenen Sicherheit zustimmen werde.

Ein kleiner Ausblick: Wenn nun - sofern das Parlament diesem Geschäft zustimmt - die Kirchstrasse vom Kreisel Steinhölzli bis Einmündung Morillonstrasse saniert werden kann, ist der Weg für uns Waberer zum Zentrum von Köniz immer noch sehr gefährlich. Denn auch der Bereich der Kirchstrasse von der BLS-Unterführung bis zur Einmündung Seftigenstrasse ist in einem sehr schlechten Zustand. Auch dort riskieren Zweiradfahrer stellenweise Kopf und Krage. Viel schlimmer steht es jedoch für die Schulkinder, welche die gefährliche Strasse ungeschützt überqueren müssen und für die Gymnasiasten, die diesen Abschnitt als Schulweg benutzen müssen. Ich hoffe deshalb, dass der Gemeinderat die Legislaturziele auch in diesem Punkt Ernst nimmt und umsetzen wird. Damit sollte es mir als Parlamentarierin noch während der laufenden Legislatur möglich sein, über den Projektierungskredit für den letzten Abschnitt der Sanierung der Kirchstrasse abzustimmen. Die Sanierung dieses Teilstücks ist gemäss Legislaturplanung für das Jahr 2009 vorgesehen.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke für die positive Aufnahme des Geschäftes. Die Situation wurde von den Votanten sehr gut geschildert, denn die Kirchstrasse wird im Volksmund als "Buckelpiste" bezeichnet. Der Abrieb, welcher von der Stadt Bern vorgenommen wurde, wird in Absprache mit derselben repariert, damit die Strasse bis zur Inangriffnahme der Sanierung einigermaßen instand bleibt. Bei diesem Projekt hat die Verkehrssicherheit erste Priorität. Ich verstehe, dass der nicht durchgängige Radstreifen zu Unmut führt. Wir sind über diesen Umstand auch nicht glücklich und deshalb wurde die Massnahme in Richtung stadteinwärts vorgesehen, damit die Velofahrenden nicht überholt werden. Der Mittelstreifen vor der Bellevuestrasse, den Ignaz Caminada erwähnte, ist als Abbiegestreifen vorgesehen. Weshalb der Mittelstreifen vor dem Kreisel Steinhölzli verbreitert wurde, kann ich hier nicht beantworten. Beim vorliegenden Projekt handelt es sich um ein Vorprojekt, das unter Einbezug der Kommission Köniz-Liebefeld noch im Detail geprüft und optimiert wird. Ueli Salvisberg, wir werden auch alle von der Sanierung Betroffenen an der Kirchstrasse laufend informieren. Wir bedauern sehr, dass mit der Stadt Bern bis anhin keine Lösung gefunden wurde. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen und hoffen, bis ins Jahr 2009 eine Möglichkeit zu finden, um den ganzen Morillon-Kreisel zu realisieren. Die Voten für die Sanierung der Kirchstrasse im Abschnitt BLS-Unterführung bis Wabernstock verstehe ich gut und wir werden alles daran setzen, das Projekt gemäss Legislaturziel auszulösen. Ich bin davon überzeugt, das vorliegende Projekt dient allen, nicht nur dem Langsamverkehr. Es dient dem Gewerbe mit der Zurverfügungstellung von mehr Parkplätzen; Lärmschutzmassnahmen werden realisiert und auch der motorisierte Individualverkehr wird besser fliessen.

### **Detailberatung**

**Herr Rolf Zwahlen (EVP):** Zuerst einmal ein grosses Lob für die Zustellung des guten Planes an alle Fraktionen. Ich komme nochmals auf den von Ignaz Caminada erwähnten Mittelstreifen im Bereich der Bellevuestrasse zu sprechen. Ich wäre sehr froh, wenn die Planung nochmals geprüft würde, denn Linksabbieger in die Bellevuestrasse können problemlos via Bellevue-Kreisel in die Bellevuestrasse gelangen.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Diese Situation wird nochmals überprüft.

*Grossmehrheitlich (Ziffer 1), mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung (Ziffer 2), einstimmig (Ziffer 3) und mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung (Ziffer 4) fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

1. *Der Strassenplan vom 21. November 2005 "Sanierung Kirchstrasse" wird beschlossen.*
2. *Für die Sanierung der Kirchstrasse wird ein Verpflichtungskredit von CHF 2'990'000.00, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu Lasten Konto Nr. 242.501.0266 bewilligt.*
3. *Für den Wasserleitungsersatz in der Kirchstrasse wird ein Verpflichtungskredit von CHF 400'000.00, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 520.501.4268 bewilligt.*
4. *Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieser Beschlüsse beauftragt.*

## 9. Motion CVP/EVP/LdU-Fraktion betr. Erotikbetriebe

Abschreibung 0206; Direktion Planung und Verkehr

**Herr Rolf Zwahlen (EVP):** Diese Motion, die nun als unerfüllt abgeschrieben werden soll, wurde im Dezember 2002 mit 34 : 0 Stimmen vom Parlament als erheblich erklärt. Schade, wurde bis jetzt die Anpassung des Baureglementes nicht vorgenommen. Die Möglichkeit besteht also weiterhin, dass Erotikbetriebe den Betrieb in Wohnzonen aufnehmen können, was bei den Anwohnenden Ärger verursachen würde und juristische Aufwendungen zur Folge hätte. Es scheint durchaus sinnvoll zu sein, die Anpassung des Baureglementes im Rahmen der Ortsplanungsrevision durchzuführen und somit zur Abstimmung zu bringen. Weshalb soll die Motion abgeschrieben werden? Eine weitere Verlängerung der Erfüllungsfrist ist gemäss dem Geschäftsreglement des Parlamentes nicht möglich. Das ist der Grund für den Antrag des Gemeinderates; er hat keine andere Wahl. Wir Parlamentsmitglieder haben jedoch die Wahl, heute abzuschreiben oder nicht. Der Vorstoss würde, wenn wir ihn nicht abschreiben, auf der Liste der unerledigten Vorstösse verbleiben und sich dort in guter Gesellschaft mit drei anderen Vorstössen befinden, die bereits längstens erledigt sein sollten. Es handelt sich um zwei Vorstösse im Zusammenhang mit K2005, die Motion betr. Erstellung von Produktbudgets (9905) und die Motion betr. Zuständigkeit für Legislaturziele sowie Finanz- und Investitionsplan (0005) und um das Postulat betr. Naturpark im Köniztal (0011), das wir am 13. Februar 2006 nicht abgeschrieben haben. Wir Motionäre der CVP/EVP-Fraktion werden die Motion nicht abschreiben, denn wir sind überzeugt, dass der Vorstoss, trotz dem Versprechen des Gemeinderates, weiterhin Sinn macht. Das Parlament hat sich vor vier Jahren klar dahingehend geäussert, dass Erotikbetriebe nur noch in reinen Arbeitszonen (Zone A2) betrieben werden dürfen. Diese Motion nun abzuschreiben und offen zu lassen, wie die Regelung betreffend Erotikbetriebe gelöst wird, ist keine gute Lösung. Falls die Motion heute wider Erwarten als unerfüllt abgeschrieben werden sollte, werden wir mit einem neuen Vorstoss sicherstellen, dass die Überarbeitung des Baureglementes entsprechend der ursprünglichen Motion umgesetzt wird. Ich bitte Sie, die Motion nicht abzuschreiben, damit sichergestellt wird, dass Erotikbetriebe nur noch in reinen Arbeitszonen betrieben werden können.

**Frau Claudia Egli (SP):** Wir haben prinzipiell nichts gegen Erotikbetriebe, diese erfüllen sicher ihren Zweck. Wir finden es jedoch immer noch sehr wichtig, auch wenn seit dem Einreichen der Motion viel Zeit vergangen ist, dass Erotik- und ähnliche Betriebe im Interesse aller Beteiligten in Arbeitszonen verlegt werden. Das Betreiben von Erotikbetrieben in Wohnzonen bringt Konflikte mit sich, das steht ausser Frage. Nachdem nun Gemeinderätin Katrin Sedlmayer dieses Dossier übernommen hat, zweifelt die SP-Fraktion nicht daran, dass die Änderungen im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Ortsplanungsrevision zur Abstimmung gebracht werden. Wir stimmen deshalb der Abschreibung zu.

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Wie Rolf Zwahlen erwähnte, wurde die Motion seinerzeit einstimmig angenommen und ich nehme nicht an, dass die Abstimmung heute anders verlaufen würde. Wer will in seiner unmittelbaren Nachbarschaft einen Erotikbetrieb, der nächtlichen Verkehr in all seinen Bedeutungen mit sich bringt? Wir sind ebenfalls der Meinung, die Motion nicht abzuschreiben, weil wir uns im Prinzip auf der Zielgerade befinden. Das Baureglement wird revidiert. Lehnen wir nun diese Abschreibung ab, können wir das revidierte Baureglement in einem oder zwei Jahren annehmen und die Motion dannzumal mit Recht abschreiben.

**Herr Ignaz Caminada (CVP):** Claudia Egli, mit genau denselben Worten - dass ich Vertrauen in Gemeinderätin Rita Haudenschild habe - votierte ich betreffend Abschreibung der Motion zum Naturpark im Köniztal. Aus genau dieser Ecke des Parlamentes, die nun das Vertrauen in Gemeinderätin Katrin Sedlmayer setzt, wurde die Motion damals nicht abgeschrieben. Eine konsequente Linie zu haben, wäre in meinen Augen gut.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich verstehe den Ärger der CVP/EVP-Fraktion. Der Gemeinderat unterstützt jedoch die Stossrichtung der Motion und ich bin fest davon überzeugt, dass entsprechende Artikel bei der Revision des Baureglementes eingesetzt werden. Ich verstehe jedoch, wenn für die Nichtabschreibung der Motion votiert wird. Ich kann Folgendes dazu erklären: Auch mit dem heutigen Reglement ist es möglich, den Betrieb von Erotikbetrieben zu verbieten, wenn sie nicht zonenkonform sind. Wir sind nicht ganz machtlos.



Nun müssen Sie entscheiden, ob Sie Vertrauen haben wollen oder nicht. Denken Sie an K2005; was lange währt wird endlich gut.

*Mit 26 : 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Die Motion CVP/EVP/LdU-Fraktion betr. Erotikbetriebe (0206) wird als unerfüllt abgeschrieben.*

## **10. Motion Haudenschild betr. Einführung von Tempo 30 in allen Wohngebieten der Gemeinde Köniz**

Erfüllung und Abschreibung 0209; Direktion Planung und Verkehr

**Herr Urs Maibach (GB):** Ich gebe das Wort an Hansueli Pestalozzi weiter.

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Die vorliegende Motion wurde eingereicht, bevor ich ins Parlament eintrat. Ich half jedoch bei der Ausarbeitung mit. Die Einführung vom Tempo 30 in allen Wohngebieten der Gemeinde Köniz ist eine sehr gute Massnahme. Die Uni Bern hat eine Studie zu Tempo 30 in Köniz herausgegeben. Die Anwohnenden wurden nach der Einführung von Tempo 30 darüber befragt, wie sie diese Verkehrsmassnahme einschätzen. 70 Prozent der Anwohnenden gaben bekannt, dass sich in ihren Augen die Wohnqualität verbesserte. Die Einführung von Tempo 30 kann auch ein gutes Argument für das Standort-Marketing Wohnstadt Köniz sein. Die Massnahme ist ausserdem sehr nachhaltig und ökologisch, weil durch die Temporeduktion weniger Lärm entsteht und die Sicherheit erhöht wird. Da die Wohnquartiere durch die Temporeduktion wieder attraktiver werden und vermehrt wieder Familien Wohnsitz nehmen, ist die Massnahme auch finanziell attraktiv, denn die Steuereinnahmen werden sich dadurch erhöhen.

In der Presse wurde leider immer wieder darauf hingewiesen, Tempo 30 in Wohnquartieren sei weder sozial noch ökologisch noch finanziell rentabel. Mit diesen Worten antwortete auch Valentin Lagger einmal auf ein Votum von mir zu diesem Thema. Diesen Argumenten möchte ich deutlich widersprechen. Wir anerkennen die grosse Arbeit, welche seit dem Einreichen der Motion geleistet worden ist. Die Gemeinde Köniz ist sehr gross und verfügt über viele Wohnquartiere. So wurde in der Antwort des Gemeinderates erwähnt, dass Tempo 30 noch nicht in allen Wohnquartieren umgesetzt ist. Das Morillonquartier, die Käserestrasse in Niederscherli und die Wichelackerstrasse in Gasel fehlen noch. Für Mittelhäusern existiert nirgendwo ein Plan, Tempo 30 einzuführen. Am nächsten Donnerstag findet jedoch eine Begehung statt, mit welcher in Mittelhäusern die Einführung von Tempo 30 geprüft werden soll. Deshalb ist die GB/GFL-Fraktion der Meinung, die Motion abzuschreiben. Die Gemeinde bleibt daran und setzt die Motion Tempo 30 in allen Wohnquartieren um.

**Frau Stephe Staub (SP):** Die SP-Fraktion wird der Abschreibung der Motion zustimmen, da der Auftrag, Tempo 30 flächendeckend in allen Wohnquartieren der Gemeinde Köniz einzuführen, weiterhin vorgenommen wird. Vielleicht gibt die zuständige Gemeinderätin Frau Katrin Sedlmayer den Stand zu diesem Thema bekannt. Ich erlaube mir, in der Geschichte zu Tempo 30 zurückzuschauen.

Das Sprichwort "Steter Tropfen höhlt den Stein" trifft für Tempo 30 in allen Wohnquartieren wirklich zu: 1993 konnte im Richtplan Verkehr gelesen werden, dass die Verkehrssicherheit durch verkehrsberuhigende Massnahmen in den Quartieren zu erhöhen und der Strassenraum als Teil des Lebensraumes aufzuwerten sei. 1994 fand im Koordinationsblatt "Blinker" ein breites Mitwirkungsverfahren statt. Der damalige Gemeinderat Lienhard Ochsner und Gemeindepräsident Henri Huber waren in der Gemeinde unterwegs und versuchten Tempo 30 in Wohnquartieren beliebt zu machen. Die Zeitschrift forderte eine vielfältige Nutzung der Strassenräume und die Reduktion der Geschwindigkeit in den Wohnquartieren. Viele Gemeinden - vor allem im Kanton Zürich - führten Tempo 30 flächendeckend in allen Wohnquartieren ein. Die Sicherheit der Schulwege und die Förderung der Wohnqualität in den Quartieren wurden neue Zielsetzungen. Auch die Gemeinde Köniz tat sich nicht mehr so schwer und setzte sogar einzelne "Tempo-30-Kommissionen" ein. Der damals zuständige Gemeinderat Walo Hänni berief die Kommissionen ein und hatte den Vorsitz. Nicht immer hatten jedoch die Kommissionen und der Vorsitzende das Heu auf der gleichen Bühne. 1994

fand ein starker Rückfall statt. Die "Kommission zur Erhöhung der Verkehrssicherheit Tempo 30 Köniz-Gartenstadt" legte dem damaligen Grossen Gemeinderat ein fertiges Konzept für die Gartenstadt vor. Dieses wurde abgelehnt. Nur dank der Intervention des damaligen GGR-Mitgliedes Martin Michel konnte - weil dort die Schule und das Altersheim ansässig sind - das Konzept für das Buchsee-Quartier gerettet werden. Durch die Revision der Signalisationsverordnung vom Bund wurde das Bewilligungsverfahren für Tempo-30-Zonen schneller, einfacher und preisgünstiger. So musste beispielsweise, ohne zusätzliche einschneidende Massnahmen, nur noch ein so genanntes Eingangstor für Tempo 30 realisiert werden. Im Jahr 2002 reichten Beat Deuber die Motion betr. Verkehrsberuhigung (0211) und Rita Haudenschild die Motion betr. Einführung von Tempo 30 in allen Wohnquartieren (0209) ein. Von 1993 bis 2002 geschah Einiges in dieser Richtung.

Da in letzter Instanz immer noch das Regierungsstatthalteramt für die Bewilligungen zuständig ist und die Einsprachemöglichkeiten genutzt werden, geht das Ganze jedoch immer noch langsam vorwärts. Es zeigt sich auch, dass in einigen Quartieren sanfte Massnahmen allein nicht genügen und Nachbesserungen notwendig sind. Schrittweise oder "geng echli hü" und zeitlich abgestuft, werden die Projekte nun in die Legislaturziele aufgenommen und realisiert. Heute können wir sehen, dass die vom Verkehrsplaner und Gemeinderat 2002 verfasste Tabelle fast erfüllt ist. Da die Synergien im Bereich Morillon infolge der Sanierung Kirchstrasse genützt werden sollten, wird hier Tempo 30 bestimmt bald realisiert werden. Das "Elternforum für Verkehrssicherheit" reichte im Jahr 1992 eine Petition ein und organisierte sogar Demonstrationen, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Diese Eltern hätten sich damals nicht im Traum vorstellen können, dass im Jahr 2005 sogar im Zentrum von Köniz eine Tempo-30-Zone realisiert ist. Allen, die sich für flächendeckende Massnahmen und Tempo 30 eingesetzt haben - vor allem dem damaligen Verkehrsplaner Rolf Steiner und seinem Nachfolger David Wetter - danke ich. Für die Durchsetzung von Sicherheit auf den Schulwegen und verbesserte Wohnqualität in den Wohnquartieren waren Durchhaltewillen und Überzeugungsarbeit vonnöten. Es hat sich jedoch gelohnt. Ein Wermutstropfen ist noch geblieben: Letztes Jahr wurde die Motion betr. Tempo 30 auf der Hessesstrasse (0604) knapp abgelehnt. Ich hoffe jedoch, dass auch dieser Schulweg noch tempoberuhigt wird.

*Einstimmig fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Die Motion Haudenschild betr. Einführung von Tempo 30 in allen Wohngebieten der Gemeinde Köniz (0209) wird als erfüllt abgeschrieben.*

## **11. Motion LdU/GFL betr. Fussweg Schliern - Schlatt**

Abschreibung 0413; Direktion Planung und Verkehr

**Frau Ursula Wyss (GFL):** Vor zwei Jahren erklärte das Parlament den ersten Teil (Gesuch an den Kanton) der Motion betr. Fussweg Schliern-Schlatt erheblich und lehnte den zweiten Teil (Vorschuss Planungskosten durch die Gemeinde Köniz) ab. Das Gesuch an den Kanton wurde im Jahr 2004 beim Kanton eingereicht und im Sommer 2006 nochmals. Der Kanton lehnte jedoch beide Gesuche mit dem Argument ab, dieses Anliegen habe eine tiefe Priorität. Mir ist klar, dass die Sanierung der Freiburgstrasse im Wangental, welche der Gemeinderat im Antrag aufführt, für die Gemeinde Köniz wichtiger ist. Ich bin jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass die Fusswegverbindung Schliern-Schlatt notwendig ist und von der Bevölkerung weiterhin gewünscht wird. Dieser Umstand wird vom Gemeinderat denn auch nicht bestritten. Ich bin auch davon überzeugt, dass es nichts bringt, alle zwei Jahre beim Kanton nachzufragen, dadurch wird dieser Weg auf der Prioritätenliste nicht nach oben gesetzt, bzw. nicht ins Strassenbauprogramm aufgenommen. Deshalb stimmt die GB/GFL-Fraktion für die Abschreibung der Motion. Gemeinderätin Rita Haudenschild wird dieses Thema im Grossen Rat wieder aufnehmen.

**Herr Hermann Schmid (SP):** Die SP-Fraktion nimmt mit Bedauern Kenntnis vom Antrag des Gemeinderates für die Abschreibung der Motion. Wir verstehen dies jedoch, da das Geschäft Angelegenheit des Kantons ist, wie der Antwort des Kreisoberingenieurs entnommen werden kann. Die Fusswegverbindung von Schliern nach Schlatt entspricht jedoch einem Bedürfnis der Könizer Bevölkerung insbesondere der Schlierner, wozu ich mich zähle. Ich kann hier nur

unserer Hoffnung Ausdruck geben, dass das Begehren auf der Pendenzenliste verbleibt und stetig nach oben rutscht.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich erkläre, dass dieses Begehren auf der Pendenzenliste verbleibt. Auch ich finde es schade, dass wir hier nicht mehr tun können. Dass dieses Thema von Gemeinderätin Rita Haudenschild im Grossen Rat aufgegriffen werden soll, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

*Mit grossem Mehr fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Der als erheblich erklärte erste Teil der Motion LdU/GFL betr. Fussweg Schliern-Schlatt (0413) wird als unerfüllt abgeschrieben.*

## **12. Überparteiliche dringliche Motion SP/JUSO-Fraktion / GB betr. Abendbetrieb Bus Gurten-Gartenstadt (Linie 16/19)**

Abschreibung 0418; Direktion Planung und Verkehr

**Herr Hugo Staub (SP, in Vertretung der verunfallten Elsbeth Troxler):** Ich danke all jenen, die sich im Spiegel mit bewundernswerter Hartnäckigkeit für die Erhaltung des Abendbetriebes der Buslinie Gurten-Gartenstadt (Linie 16/19) einsetzen. Es handelt sich um ein Engagement für eine gute Sache in einer allerdings sehr schwierigen Situation. Vor einer Woche wurde der Betrieb des "Gaxi" wieder aufgenommen, der durch Spenden aus der Bevölkerung und einem Beitrag des Spiegel-Leistes möglich gemacht wird. Vor zwei Jahren erreichte der Abbau des öffentlichen Verkehrs im Spiegel mit der Einstellung des Abendbetriebes seinen traurigen Höhepunkt. Begonnen hat dieser Abbau jedoch bereits Jahre vorher. Zuerst mit der Umstellung, dass Benützer des öffentlichen Verkehrs im Gurten-Gartenstadtquartier mit dem Bus nicht mehr direkt in die Stadt fahren, sondern zuerst nach Köniz geführt werden. Eine Zeitlang konnte von einem "öV-Labor-Spiegel-Abendbetrieb" gesprochen werden, da verschiedenste Möglichkeiten erprobt wurden. Diese Versuche endeten vor zwei Jahren mit der Einstellung des Abendbetriebes auf dieser Linie.

Uns ist klar, dass der öffentliche Verkehr nicht überallhin fahren kann und dass in den letzten Monaten alle möglichen Varianten für die Erhaltung des Abendbetriebes dieser Linie geprüft wurden. Leider wurde keine taugliche Lösung gefunden. An dieser Stelle danke ich Gemeinderätin Katrin Sedlmayer und ihren Leuten für ihre Bemühungen. Wir fragen uns dennoch, was in diesem System falsch ist. Weshalb kann der öffentliche Verkehr nicht besser gestützt werden, wenn er nicht grundsätzlich am falschen Ort ist? Vielleicht ist - infolge der demografischen Strukturen - nur eine Krisenzeit durchzustehen, weil die Nachfrage gerade nicht vorhanden ist. Es ist jedoch schade, dass es - in einer Zeit, in welcher immer mehr Kinder an Asthma leiden und der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Luftschadstoffbelastungen nicht mehr bestritten sind - einfacher ist, eine Buslinie zu schliessen, anstatt sie zu erhalten. Wer am Abend mit dem Bus nicht mehr heimkehren kann, nimmt für den Arbeitsweg das Auto bereits am Morgen. Wer dem öffentlichen Verkehr als Kunde verloren geht, ist nur noch mit sehr grossem Aufwand wieder zurückzugewinnen. Wir müssen deshalb damit rechnen, dass etliche Autofahrende aus dem Raum Gurten-Gartenstadt ehemalige öV-Kunden sind, denen der Bus weggenommen wurde. Mit der Nichtabschreibung dieser Motion können wir nicht dafür sorgen, dass der Abendbetrieb wieder aufgenommen wird. Die Suche nach Lösungen muss jedoch weitergehen, damit der Abendbetrieb wieder mit Service public und nicht mit Service privée sichgestellt werden kann.

**Herr Urs Maibach (GB):** Das Parlament ist "im Schuss" mit dem Abschreiben von Vorstössen. Wir von der Grünen Fraktion möchten Ihnen ans Herz legen, das Postulat nicht abzuschreiben. Dies mit folgender Begründung: Vor zwei Wochen nahm ich am letzten Forum des REK (Raumentwicklungskonzept Köniz) teil. Teilnehmende waren Personen aus verschiedensten Vereinen und Organisationen der Gemeinde Köniz, aber auch Parlamentsmitglieder. Das Thema "Mobilitätsmanagement und Langsamverkehr", das speziell den öffentlichen Verkehr beinhaltet, ist an sich unbestritten, denn es wurde von fast allen als sehr wichtig betrachtet. Sobald es jedoch an die Umsetzung geht, hapert es sehr schnell. Die Gemeinde Köniz rühmt sich hie und da über die vielfältigen Möglichkeiten betreffend öffentlichem Verkehr. An einigen Orten ist jedoch noch klarer Handlungsbedarf vorhanden; sei es, um neue

Möglichkeiten zu eröffnen oder Vorhandenes zu erhalten. Am 21. Juli 1925 wurde in der Gemeinde Köniz die erste Buslinie eröffnet, die in die Gurten-Gartenstadt hinaufführte. Erst ein Jahr später fuhr eine Buslinie ins Zentrum von Köniz. Die Buslinie in die Gurten-Gartenstadt war bis zu dem Zeitpunkt stets gut frequentiert, als die Anzahl der Busse reduziert und kurz darauf die direkte Verbindung in die Stadt Bern gekappt wurde. Das hatte Konsequenzen. Das meist gehörte Argument für die Einstellung des Abendbetriebes ist heute, der Bus sei zu wenig benutzt worden. Ich erkläre Ihnen das Phänomen an einem anderen Objekt: Würde das Könizer Bad im nächsten Sommer nur noch zur Hälfte gefüllt und die Frischwasserzufuhr ebenfalls halbiert, kämen mit Sicherheit weniger Besucher. Damit könnte mit dem Argument, dass nur noch wenige Besucher kämen, das Bad geschlossen werden.

Die Gurten-Gartenstadt ist ein Quartier mit gegen 2'000 Anwohnenden und ein Quartier dieser Grösse muss unbedingt durch den öffentlichen Verkehr auch am Abend erschlossen werden. Wir verlangen mit dem Postulat nicht explizit eine reine Buslösung, sondern eine akzeptable Lösung für eine Abenderschliessung bis zum Fahrplanende. Das kann heissen, dass z.B. ab Haltestelle Spiegel kleinere Fahrzeuge eingesetzt werden, welche die Weitererschliessung übernehmen. Diese Lösung kann von der Gemeinde initiiert werden, aber auch nach dem PPP-Prinzip (Private Public Partnership) funktionieren. Das heisst, die Betroffenen machen mit, die Gemeinde soll jedoch auch ihren Beitrag dazu leisten. Sie sehen, dass noch viele Möglichkeiten offen sind. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat nicht abzuschreiben, damit weiterhin nach einer für alle tragbaren Lösung gesucht wird.

**Herr Valentin Lagger (CVP):** Das Argument für oder gegen den Abendbetrieb dieser Buslinie scheint deren Frequentierung zu sein. Meine Frage: Sind Zahlen vorhanden, wie stark die Linie 16 (Köniz Zentrum - Gurten-Gartenstadt) frequentiert ist?

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich verstehe den Ärger der Gurten-Gartenstadtbewohner sehr gut. Wir haben jedoch 28 Varianten für den Erhalt des Abendbetriebes geprüft und keine kostenneutrale Lösung gefunden. Der Gemeinderat entschied deshalb, keine weiteren Varianten mehr zu prüfen und keinen weiteren Beitrag ans Gaxi zu leisten, obschon wir dieses Engagement hoch achten. Wichtig ist jedoch die Feststellung, dass die Tageserschliessung in die Gurten-Gartenstadt noch vorhanden ist und wir diese erhalten wollen. Ich kann keine genauen Zahlen bekanntgeben, Valentin Lagger, aber die Linie 16 ist vor allem in Richtung Köniz gut frequentiert. Auch wurde beim Kanton positiv aufgenommen, dass wir, um die Linie 16 zu attraktivieren, zwei neue Haltestellen (Köniz Friedhof und Spiegel Zentrum) realisierten. Ich gebe zu bedenken, dass der öffentliche Verkehr, so sympathisch er sein mag, wirtschaftlich sein muss. Auch die Stadt Bern musste den Abendbetrieb der Linie 28 streichen, deren Unterhalt sie einige Zeit noch finanzierte. Ist eine Buslinie nicht stark frequentiert, ist deren Aufrechterhaltung schwierig. Ich bitte alle Bewohner des Gurten-Gartenstadtquartiers, den Tagesbetrieb der Buslinie 16 zu benützen, damit sie weiterbetrieben werden kann.

*Mit 29 : 6 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Die als Postulat erheblich erklärte überparteiliche dringliche Motion SP/JUSO-Fraktion betr. Abendbetrieb Bus Gurten-Gartenstadt (Linie 16/19) (0418) wird als unerfüllt abgeschrieben.*

## **13. Motion H. Pestalozzi, Grüne GB/GFL betr. erneuerbare Energie**

Beantwortung 0611; Direktion Umwelt und Landschaft

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Ich weite die Sicht zu diesem Thema auf die globale Situation aus. Wir müssen zwei Tatsachen akzeptieren: Die erste Tatsache betrifft die fossilen Brennstoffe, welche knapp und teuer werden. Die meisten Erdöl fördernden Staaten haben ihr Fördermaximum erreicht, nur noch wenige können dieses steigern. Die Nachfrage steigt weiter an, d.h. das Erdöl wird über kurz oder lang sehr teuer werden. Die zweite Tatsache ist die Klimaerwärmung, verursacht durch den CO<sup>2</sup>-Ausstoss, der dazu führen kann, dass wir uns möglicherweise nicht mehr leisten können, alle noch vorhandenen fossilen Brennstoffe zu verbrennen. Gerade wir in der Schweiz spüren die Folgen der Klimaerwärmung bereits. Die Gletscher schmelzen, die Alpen bröckeln und klimatische Extremereignisse nehmen zu. Durch die Erwärmung wird ein relativ starkes Artensterben stattfinden. Längerfristig wird der Meeres-

spiegel ansteigen, was zu vielen aus diesen Zonen Vertriebenen führen wird. Diese Folgen werden teuer sein. Der Wirbelsturm "Kathrina" in den USA kostete allein 250 Milliarden Schweizer Franken. Im Jahr 2005 kosteten Unwetter und Überschwemmungen die Schweiz 2,5 Milliarden Franken. Wir tragen eine grosse Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Nicht nur in Bezug auf gesunde Gemeindefinanzen, sondern auch in Bezug auf das Wegkommen von der Abhängigkeit fossiler Brennstoffe. Die Energieversorgung muss durch erneuerbare und einheimische Quellen gesichert werden. Damit leisten wir einen Beitrag zur Lösung des globalen Klimaproblems. Wenn wir heute die Weichen dazu stellen - gemäss Experten haben wir noch ungefähr 10 Jahre Zeit für die Reduzierung des CO<sup>2</sup>-Ausstosses -, haben wir die Möglichkeit, die Klimaerwärmung in den Griff zu bekommen. Das ist nicht aussichtslos. Der weltweite Ausstoss von Fluorkohle-Wasserstoff - der das Ozonloch verursacht - konnte mit entsprechenden Massnahmen drastisch reduziert werden. Auch das Waldsterben konnte infolge der Reduktion von Schwefeldioxid reduziert werden.

Ich bin optimistisch, dass die Klimaerwärmung reduziert werden kann. Auf Bundesebene wurden hiezu letzte Woche wichtige Entscheide gefällt. Die kostendeckende Einspeisevergütung für erneuerbare Energien wurde angenommen und die CO<sup>2</sup>-Abgabe wird definitiv eingeführt. Auf Kantonsebene sind ebenfalls Bestrebungen vorhanden. Das neue Energiekonzept wurde vom Grossen Rat angenommen und das neue Energiegesetz - das unter anderem den Gemeinden in Energiefragen mehr Autonomie gibt - ist in der Vernehmlassung.

Auf Gemeindeebene sind ebenfalls Bestrebungen im Gange. Köniz ist Energiestadt und in den Legislaturzielen ist mit dem Kapitel "Umwelt und Energie" einiges vorbereitet. Jedoch sehr zögerlich. So soll z.B. für das darin vorhandene Projekt zur Förderung erneuerbarer Energien die Machbarkeit bis ins Jahr 2009 geprüft werden. Das ist meiner Meinung nach zu langsam. Wir haben in der Gemeinde Köniz ein riesiges Potenzial, das ausgeschöpft werden muss. In der Gemeinde sind 160 Landwirtschaftsbetriebe ansässig, welche mit der Produktion von erneuerbarer Energie - z.B. Biogas-Anlagen - neue Erwerbszweige schaffen können. Eine andere Chance: Bauernhäuser verfügen über meist grosse Dachflächen, die für die Installation von Solarzellen geeignet sind. In Barberêche im Kanton Freiburg erhielt die Bauernfamilie Aebersold den europäischen Energiepreis für die Installation von Solarzellen auf dem neuen Stalldach. Mit diesen Solarzellen wird 3,5 Mal mehr Strom erzeugt als der Betrieb benötigt. Da diese Anlage, dank der Förderbeiträge des Kantons Freiburg, dank zinsgünstigen Darlehen und dank einem höheren Rücklieferarif, in 12 Jahren amortisiert sein wird, ist sie als ökonomisch zu bezeichnen. Wir verfügen über ein grosses Potenzial an Effizienzsteigerungen im Bereich des Bauens mit Minergiestandard, wo die Gemeinde Köniz bereits heute vorbildlich ist. Der Minergiestandard lohnt sich bereits heute. Die Gemeinde Köniz könnte beispielsweise ein Zeichen setzen, indem sie nur noch Strom von Produzenten von erneuerbarer Energie bezieht. Das wäre ein gutes Element für das Gemeindemarketing. Wichtig ist, dass wir jetzt verstärkt Anstrengungen vornehmen; weg vom Erdöl hin zu erneuerbaren Energien. Wir müssen diese Kapazitäten im Gewerbe jetzt stärken, damit in den Betrieben entsprechendes Fachwissen erarbeitet werden kann. Dies bevor die Energiepreise ins Unermessliche steigen. Wir müssen jetzt damit beginnen, das Risiko der Abhängigkeit von hohen Energiepreisen zu minimieren. Ich danke dem Gemeinderat für die positive Antwort auf die Motion und bitte Sie zu zeigen, dass dieses Thema dem Parlament wichtig ist. Die Gemeinde Köniz befindet sich als Energiestadt irgendwo in der Mitte. Das Ziel wäre, in die vorderen Ränge zu gelangen.

Die Motion ist bewusst offen formuliert, viele Punkte können budgetneutral durchgeführt werden, z.B. durch Reglementsanpassungen oder das Erreichen besserer Verträge mit der BKW. Deshalb bitte ich Sie - gerade im Hinblick auf kommende Generationen - diesen Vorstoss als Motion erheblich zu erklären.

**Der Parlamentspräsident:** Ich muss Hansueli Pestalozzi auf Folgendes hinweisen: Wenn du nicht mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden bist, muss ich über die Motion abstimmen lassen und damit besteht die Gefahr, dass die Motion abgelehnt wird. Dies gemäss Art. 60 Abs. 2 des Geschäftsreglement des Parlamentes.

**Herr Bernhard Bichsel (jfk):** Wir Jungfreisinnigen befürworten das vorliegende Konzept, sind für die Förderung erneuerbarer Energien und besonders für Effizienzsteigerungsmassnahmen. Wir erachten solches als absolute Notwendigkeit. Der "Stern-Report" ist ein Schlagwort für mich. Sir Nicholas Stern ist nicht irgendwer, sondern der ehemalige Chefökonom der Welt-

bank. Er verfasste im Auftrag der britischen Regierung einen Bericht zur Klimaerwärmung. Er kommt zum Schluss, dass der Patient Erde noch nicht sehr krank ist, jedoch krank. Wir haben noch Zeit, wenn wir schnell und entschlossen handeln. Tun wir dies jedoch nicht, kommt er zum Schluss, wird das uns sehr teuer zu stehen kommen. Die Schweiz trägt weltweit 2 Promille zum CO<sup>2</sup>-Ausstoss bei. Für die Gemeinde Köniz liegt dieser Wert entsprechend tiefer. Wir Jungfreisinnigen sind der Auffassung, dass der Klimaerwärmung Beachtung geschenkt werden muss. Die Grünen und alle anderen, welche anlässlich der Budgetdebatte mit den Worten "nur im Promillebereich" argumentiert hatten, sollten ihre Argumentation in diesem Bereich hier noch einmal überdenken.

Der weltweite Verlust an Waldfläche verursacht jährlich mehr CO<sup>2</sup>-Ausstoss als der ganze Transport- und Verkehrssektor. Den Klimawandel werden wir nur international bekämpfen können. Wir hoffen und setzen uns dafür ein, dass dem so sein wird. Zurück zur Gemeinde: Wir Jungfreisinnigen möchten klar betonen, dass Subventionen nicht Aufgabe der Gemeinde sind. Aufgabe der Gemeinde ist es, dafür entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen. Die knappen finanziellen Ressourcen müssen möglichst effizient eingesetzt werden. Heutige Studien zeigen auf, dass mit Energiesparmassnahmen die grösste Wirkung pro Franken erzielt werden kann. Wir bitten den Gemeinderat, diesen Umstand in seine Überlegungen einzubeziehen. Wir Jungfreisinnigen unterstützen den Motionstext und stimmen für die Überweisung als Motion. Die Begründung tragen wir teilweise mit. Im Namen der FDP füge ich an, dass sie dem Vorstoss als Postulat zustimmen wird.

**Herr Martin Graber (SP):** Ich bin froh über den Umstand, dass die Jungfreisinnigen dem Vorstoss als Motion zustimmen werden, obwohl sie die Motion selber nicht unterschrieben haben. Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des Vorstosses, der im Juni 2006 von mehr als der Hälfte des Parlamentes unterschrieben worden ist. In der Antwort des Gemeinderates fallen mir vor allem zwei Punkte auf: Das Wort soll oder sollen - anstelle von werden oder müssen - kommt überproportional vor. Der zweite Punkt: Die Antwort des Gemeinderates deckt sich nicht mit dem Antrag. Es wird nicht klar beschrieben, weshalb die Motion lediglich als Postulat überwiesen werden soll. In der Antwort sind viele schöne Worte enthalten, aber Papier - das wissen wir alle - ist geduldig. Bereits Goethe sagte: "Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Im Sanierungspaket ist ersichtlich, dass es dem Gemeinderat mit der Energiestadt Köniz nicht allzu Ernst ist: Ich weise auf die Streichung für den Bezug von Windenergie und die Streichung der Mobility-Dauerreservation hin.

Mit den Sitzungsunterlagen erhielten wir die Broschüre über Energiestädte mitgeschickt. Vergleicht man die Anstrengungen der Gemeinde Köniz mit anderen, fällt dieser für Köniz - mit Ausnahme des Minergiebereiches - ernüchternd aus. In anderen Gemeinden - grösseren oder kleineren - wird im Bereich erneuerbarer Energien eindeutig mehr unternommen. Anreize zum Energiesparen, Ökostrom für gemeindeeigene Anlagen, Förderung von Biogasanlagen, Erdgastankstellen, usw. Hier gibt es noch viel zu tun. Wir wissen im Prinzip alle, dass umweltgerechtem Verhalten die Zukunft gehört. Es bleibt uns auch nichts anderes übrig, denn wir haben nur eine Erde. Wir haben auch nur eine Gemeinde Köniz. Dass unbedingt mehr für den Umweltschutz getan werden muss, ist keine neue Erkenntnis. Seit der Veröffentlichung des Berichtes des "Club of Rome" gibt es auch keine Ausreden mehr, ausser vielleicht, dass man ihn schon wieder vergessen habe. Eine Erkenntnis ist etwas neueren Datums: Ökologisches Verhalten ist auch ökonomisches und zahlt sich bereits nach kurzer Zeit in Franken und Rappen aus. Köniz könnte in diesem Bereich eindeutig mehr vornehmen. In der Sprache der Ölinindustrie heisst dies: "Es gibt viel zu tun, packen wirs an." Die SP-Fraktion stimmt für die Annahme als Motion und verpflichtet den Gemeinderat so zum Handeln.

**Frau Ursula Wyss (GFL):** Zum Glück lag das Heft "Erneuerbare Energien" der Antwort des Gemeinderates bei. Hätte ich nicht nachlesen können, was andere Gemeinden in diesem Bereich unternehmen, wäre ich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt gewesen. Was die Gemeinden Riehen, Neuenburg oder Schaffhausen realisiert haben, ist sehr gut. All das könnte die Gemeinde Köniz auch anpacken. Investitionen in die Produktion von erneuerbarer Energie oder in Energiesparmassnahmen lohnen sich längstens. Das kommt in diesen Berichten klar zum Ausdruck. Mit der Realisierung des Wärmeverbundes in der Gemeinde Riehen wird viel Erdöl gespart. Ein solcher wäre in der Gemeinde Köniz auch möglich. Auch sind Solarstromanlagen für die Warmwasseraufbereitung mittelfristig günstiger als elektrische Boiler. Die Realisierung von Fotovoltaikanlagen zur Stromgewinnung wären z.B. im Werkhof,

auf Schulhäusern oder Sportanlagen möglich. Weshalb kann Köniz nicht auch das Label "European Energie Award" anstreben? Dazu müssen mindestens 75 Prozent der Energie-massnahmen erfüllt werden und nicht nur 50 Prozent, wie beim Label Energiestadt. In der Schweiz verfügen noch nicht viele Gemeinden über den "European Energie Award". Die Erreichung dieses Labels könnte für Köniz ein Standortvorteil sein und beweisen, dass die Gemeinde fortschrittlich und modern ist. Auch bei der in der Broschüre erwähnten Display-Kampagne könnte die Gemeinde Köniz mittun. Infolge von Sparmassnahmen wird jedoch - siehe Sanierungspaket - sogar auf den Kauf von Windenergie verzichtet..

Zusammengefasst: Ich vermisse konkrete Ideen und Massnahmen zum Energiesparen und zum Einsatz und der Produktion von erneuerbarer Energie. Ich vermisse ein aktives Vorwärtsgehen in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft. Die Gemeinde Köniz ist zwar vorbildlich beim Bauen nach Minergiestandard, aber das genügt nach meiner Meinung längst noch nicht. Wenn wir diesen Vorstoss als Postulat überweisen, passiert nichts Weiteres als in der Antwort des Gemeinderates erwähnt. Ich bin jedoch der Meinung, viel mehr anpacken zu müssen. Deshalb muss unbedingt an der Motion festgehalten werden.

**Frau Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB):** Die Diskussion mitzuverfolgen, war sehr spannend. Die Energiefrage - es wurde bereits erwähnt - ist eng mit der Klimafrage verknüpft. Deshalb wird uns nicht nur die Energiefrage, sondern auch die Klimafrage ganz sicher nicht nur während dieser Legislatur, sondern mittel- und langfristig beschäftigen. Sie können der Antwort des Gemeinderates entnehmen, dass er das Anliegen der Motion klar unterstützt. Wir haben nachhaltiges Handeln als Legislaturziel und dieses bezieht sich klar auch auf den Bereich Energie. Wir müssen mit unserer Energie effizient umgehen und versuchen, möglichst viel Energie, die nicht auf erneuerbaren Ressourcen basiert, zu ersetzen. Wir müssen z.B. versuchen, Ölheizungen durch Holzheizungen oder Biogasanlagen zu ersetzen. Deshalb ist der Gemeinderat gerne bereit, ein Konzept zu erarbeiten und - wie im Vorstoss gefordert - weitere Massnahmen vorzuschlagen. Unsere Gemeinde ist seit sechs Jahren Energiestadt. Wir planen und führen jedes Jahr Massnahmen in den sechs Bereichen durch, welche für das Label Energiestadt gefordert werden. Das sind Massnahmen in den Bereichen Raumplanung, kommunale Gebäude, Versorgung und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation und Kommunikation. Nächstes Jahr wird wiederum ein grosses Reaudit stattfinden. Dann werden wir den Stand der Gemeinde Köniz im Vergleich mit anderen Energiestädten und -gemeinden sehen. Wie in der Motion gefordert, werden wir in diesem Bereich weiterfahren. Sie konnten lesen, dass wir einen Anstoss für ein Pilotprojekt für erneuerbare Energie geben wollen. Das ist auch in den Legislaturzielen enthalten. Das tut unserer kommunalen Energiepolitik gut, ergänzt und verstärkt sie.

Zu den Voten betreffend Windenergie: Wir haben den Ankauf von Windenergie gestrichen, weil wir Überlegungen anstellen, die relativ teure Windenergie durch in der Gemeinde Köniz produzierte erneuerbare Energie zu ersetzen. Deshalb entschieden wir uns für den Verzicht des Ankaufes von Windenergie bei den BKW. Der Gemeinderat ist gerne bereit, das Konzept zu realisieren, die vorgeschlagenen Massnahmen zu prüfen und den Anstoss für eine Machbarkeitsstudie zu geben. Wir haben in dieser Legislatur noch drei Jahre Zeit. Deshalb möchte der Gemeinderat die Motion als Postulat überweisen und dieses umsetzen. Für die Realisierung des Geplanten braucht es jedoch - wie überall - die notwendigen Mittel dazu und hier werden wir auf die Unterstützung durch das Parlament angewiesen sein. Es gibt - da gehe ich mit ihnen einig - noch viel zu tun. Packen wirs an.

*Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Die Motion H. Pestalozzi, Grüne GB/GFL betr. erneuerbare Energie (0611) wird als Motion erheblich erklärt.*

## **14. Postulat CVP/EVP betr. Systemwechsel bei der Pensionskasse**

Beantwortung 0612; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Herr Hermann Gysel (EVP):** Wir kommen zum spannenden Thema Pensionskasse. Ich möchte dieses nicht in epischer Zehnminutenbreite erörtern, sondern drei mir wichtige Punkte erwähnen. Erster Punkt: Ich danke dem Gemeinderat für die Annahme des Vorstosses als

Postulat. Zweiter Punkt: Ich rufe die drei Grundregeln einer Pensionskasse kurz in Erinnerung. Erstens ist die Pensionskasse für den Einzelnen eine Versicherung. Das heisst, man erhält höchst unwahrscheinlich so viel Geld zurück, wie einbezahlt wurde; vielleicht etwas weniger, vielleicht sogar etwas mehr. Zweitens ist das Ganze für die Pensionskasse hoffentlich ein Nullsummenspiel. Sie soll weder Gewinn noch Verlust erzielen, sondern das erhaltene Geld an die Versicherten auszahlen. Ob im Leistungs- oder Beitragsprimat, sei dahingestellt. Drittens stimmen Punkt 1 und 2 nicht immer, wenn man die Verwaltungskosten betrachtet. Diese können höher oder tiefer liegen. Ein Wechsel - ich muss es leider sagen - vom Leistungs- zum Beitragsprimat kann durchaus Verwaltungskosten produzieren. Deshalb verstehe ich gut, wenn man mit einem schnellen Wechsel zurückhaltend ist. Es gibt jedoch eine Reihe von Gründen, diesen anzugehen. Ein Beispiel: Eine Pensionskasse beschliesst, 2,2 Prozent weniger auszuzahlen. Diese Reduktion wird direkt vom Alterskapital abgezogen und bedeutet somit eine Lohnreduktion. Das Beitragsprimat ist jedoch transparenter und das kann durchaus relevant für das Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Verhältnis sein. Ich komme wieder auf Punkt 3 zu sprechen: Weil dieser Zusammenhang vorhanden ist, möchte ich den Gemeinderat bitten, im Sinne der Einheit der Materie den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat nicht bis ins Jahr 2009 hinauszuschieben, sondern zusammen mit der Verselbstständigung der Pensionskasse zu behandeln. Ich wünsche mir vom Gemeinderat eine Antwort vor dem 1. Januar 2009.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Wir haben diese Frage eingehend geprüft und kommen zu anderen Schlüssen. Wir sind der Meinung, die Verselbstständigung der Pensionskasse und den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat nicht zusammen zu behandeln. Wir liessen uns durch einen Experten beraten, der uns in Sachen Pensionskasse mit Rat und Tat unterstützt. Er riet uns dringend, diese beiden Themen getrennt abzuwickeln.

**Herr Bernhard Bichsel (jfk):** Im Namen der FDP/jfk-Fraktion frage ich, wieso diese beiden Themen nicht zusammen behandelt werden können.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich habe diese Frage in meinem vorhergehenden Votum bereits beantwortet.

**Frau Stephanie Staub (SP):** Ich bin der Meinung, diese beiden Themen können wohl unterschieden werden. Die Verselbstständigung der Pensionskasse ist ein Wechsel der Rechtsform und beim Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat handelt es sich um einen Systemwechsel. Deshalb ist es wichtig, dass sorgfältige Aklärungen vor dem Jahr 2009 erfolgen. Bei einem allfälligen Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat würde sich die Gemeinde Köniz in guter Gesellschaft befinden, denn auch der Bund nimmt diesen Wechsel vor.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich versuche, die Frage von Bernhard Bichsel nochmals zu beantworten: Ein verselbstständige Pensionkasse kann als Beitrags- oder als Leistungsprimatkasse geführt werden. Eine unselbstständige Pensionskasse kann ebenfalls sowohl als Beitrags- als auch als Leistungsprimatkasse geführt werden. Beides hat nichts miteinander zu tun. Oft jedoch, wenn es um die Diskussionen mit Verbänden oder mit Mitarbeitenden geht, passieren Verwechslungen. Deshalb nahm der Gemeinderat den Ratschlag unseres Experten Ernst, die beiden Anliegen getrennt abzuwickeln.

*Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Das Postulat CVP/EVP betr. Systemwechsel bei der Pensionskasse (0612) wird erheblich erklärt.*

## **15. Überparteiliche Motion SVP, FDP, CVP/EVP, SD betr. Änderung der Öffnungszeiten der Poller an der Landorfstrasse**

Beantwortung 0616; Direktion Planung und Verkehr

**Herr Ueli Salvisberg (SVP):** Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Aufarbeitung der Motion. Aus der Antwort des Gemeinderates war herauszulesen, dass - ich betone - sehr langsam etwas in Bezug auf die Situation mit den unsäglichen Pollern in Bewegung gerät. Ich möchte vom Gemeinderat konkret wissen, wie und vor allem wann er mit dem Kanton das Gespräch suchen will, damit eine Verbesserung der heutigen Situation erreicht wird. Im Weiteren bin ich gewillt, die Motion in ein Postulat umwandeln zu lassen. Ich bin jedoch



gegen die gleichzeitige Abschreibung. Ich bitte das Parlament, meinem Antrag zu folgen.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Aus der beigelegten Grafik der Tagesganglinien an der Schwarzenburgstrasse ist ersichtlich, dass sich die Situation im Jahr 2006 im Vergleich zum Jahr 2005 nicht gross verändert hat. Aufgrund des Unmutes in der Bevölkerung entschied der Gemeinderat, zusammen mit Vertretern des Kantons zu prüfen, ob die Poller jeweils über Mittag geöffnet werden sollen. Der Kreisoberingenieur Fritz Kobi will im Jahr 2007 eine Verkehrssimulation durchführen lassen. Danach werden wir das weitere Vorgehen gemeinsam besprechen. Ich weise auf Folgendes hin: Die Realisierung der Poller wurde uns nie vom Kanton diktiert, sondern war eine breit abgestützte Lösung, welche auch in der Begleitkommission Schwarzenburgstrasse akzeptiert worden war. In dieser Begleitkommission hatten Vertreter aus Bevölkerung und Gewerbe Einsitz.

**Frau Ursula Wyss (GFL):** Betrachtet man die schönen Diagramme, ist ersichtlich, dass während der Mittagszeit nie so viele Fahrzeuge die Schwarzenburgstrasse befahren, wie morgens und abends. Im Jahresvergleich ist ebenfalls ersichtlich, dass der Unterschied zwischen 2005 und 2006 marginal ist. Deshalb ist es in meinen Augen nicht notwendig, die Poller zusätzlich während der Mittagszeit zu öffnen. Die GB/GFL-Fraktion wird der Annahme des Postulates mehrheitlich nicht zustimmen.

**Herr Martin Graber (SP):** Für die SP-Fraktion sind Bericht und Fazit nicht deckungsgleich. Uns scheint, die Motion sei gemäss dem Motto "Steter Tropfen lähmt den Poller" eingereicht worden. Ich befürchte, der Gemeinderat liess sich zusammen mit den Pollern lähmen. Da sich Antwort und Antrag des Gemeinderates decken, ist nicht klar, weshalb der Vorstoss angenommen werden soll. Die Antwort zeigt, dass die Öffnung der Poller während der Mittagszeit sachlich nicht notwendig ist. Der einzige Grund für längere Öffnungszeiten der Poller sind stete Tropfen. Da die Poller jedoch oft zur Unzeit geöffnet sind, ist eine gewisse Unklarheit vorhanden, denn dies ist nicht für alle Autofahrenden ersichtlich. So passieren Unfälle, die grosse Sach- und Personenschäden nach sich ziehen können. Diese Unfälle können auf drei Ursachen zurückgeführt werden. Erste Ursache: Der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Zweite Ursache: In meinen Augen ist die Signalisation verbesserungswürdig; vor allem muss dem Moment des Wechsels grosse Beachtung geschenkt werden. Ebenfalls variieren die Öffnungszeiten sehr. Von Montag bis Freitag sind die Poller lediglich während der Stosszeiten offen. Am Samstag fast den ganzen Tag, aber am Abend nicht mehr. Am Sonntag sind sie ganz geschlossen. Das verwirrt. Durch die zusätzlichen Öffnungszeiten würde dieses Problem nicht kleiner, im Gegenteil. Die dritte Ursache sind die so genannt berechtigten Fahrzeuge. Für die Durchfahrt eines solchen werden die Poller nachmittags um 15 Uhr versenkt und fahren, sobald das Fahrzeug durchgefahren ist, wie von Geisterhand wieder in die Höhe. Diese Situation ist relativ gefährlich. Nach meiner Ansicht dürfen nur Notfallfahrzeuge durchfahren und das Hochfahren der Poller muss besser signalisiert werden. Diese Problempunkte werden durch neue Öffnungszeiten der Poller nicht kleiner, sondern grösser. Die SP-Fraktion hat etwas den Poller-Koller und wird das Postulat ablehnen.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Martin Graber, die Unfälle im Zusammenhang mit den Pollern werden laufend beobachtet und analysiert. Die Beleuchtung der Poller wurde bereits verbessert. Richtig ist die Annahme, dass sich die Probleme mehren, sollten die Öffnungszeiten der Poller verlängert werden. Fahrzeuge der Gemeinde dürfen nur in Notfällen durchfahren, das wurde allen Betroffenen ausdrücklich mitgeteilt.

*Mit 23 : 14 Stimmen, bei 1 Enthaltung (Annahme als Postulat) und 14 : 22 Stimmen, bei 2 Enthaltungen (gleichzeitige Abschreibung), fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Die Motion wird erheblich erklärt und nicht abgeschrieben*

## **16. Verschiedenes**

**Der Parlamentspräsident:** Das Protokoll der Sitzung von heute Abend wird Ihnen aus zeitlichen Gründen an der Sitzung vom Freitag, 12. Januar 2007 verteilt. Das Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 2006 wird per Post verschickt.

Folgende Vorstösse wurden eingereicht:

- 0632 Motion CVP/EVP betr. Erotik Betriebe
- 0633 Motion jungfreisinnige könic (jfk) betr. Anreize für energiesparendes Bauen (Baureglement)
- 0634 Postulat jungfreisinnige könic (jfk) betr. Energieklasse A Fahrzeuge für die Gemeinde

**Herr Hugo Staub (SP):** Ich habe eine kleine Bitte im Zusammenhang mit Traktandum 7, Ried Niederwangen: Allen Teilnehmern am Wettbewerb soll der Auszug dieses Traktandums zur Verfügung gestellt werden. Damit können sich die Wettbewerbsteilnehmer ein Bild über die Stimmung im Parlament zu dieser Frage machen.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich regte anlässlich der letzten Sitzung an, die Bevölkerungsszenarien des Hornung-Berichtes den Parlamentsmitgliedern, den Ortsvereinen und dem Bevölkerungsforum vorzustellen, weil diese Zahlen interessant und auf grosses Echo gestossen sind. Dieser Informationsanlass wird, gemäss ihrem Wunsch am 19. März 2007 stattfinden. Nähere Unterlagen werden noch zugeschickt.

**Der Parlamentspräsident:** Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Weihnacht und einen guten Rutsch ins 2007. Wir sehen uns am Freitag, 12. Januar 2007 um 17.00 Uhr.

Schluss der Sitzung um 22.20 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident                      Die Sekretärin

Niklaus Hofer                      Anita Fehlmann